CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA
82.
SITZUNG
13-12-1966

Presidente: BERTORELLE

Vicepresidente: PUPP

V. LEGISLATURA - V. LEGISLATURPERIODE

INDICE

Mozione dei consiglieri regionali Dalsass, Brugger e Zelger riguardante lo stanziamento di nuovi fondi per l'esecuzione di lavori pubblici

pag. 3

Interrogazioni e interpellanze

pag. 23

INHALTSANGABE

Beschlußantrag über die Auswerfung weiterer Haushaltsbeträge zur Durchführung öffentlicher Arbeiten, vorgelegt von den Regionalratsabgeordneten Dalsass, Brugger und Zelger

Seite 3

Anfragen und Interpellationen

Seite 23

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 9.45.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.): *(fa l'appello nominale).*

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 9.12.1966.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.): *(legge il processo verbale).*

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna, il verbale è approvato.

Ha scusato la sua assenza il cons. Raffeiner.

Prosegue l'ordine del giorno con la **Mozione proposta dai cons. Dalsass, Brugger e Zelger e riguardante lo stanziamento di nuovi fondi per l'esecuzione di lavori pubblici.**

Nel corso del dibattito sul bilancio preventivo della Regione per gli anni 1965 e 1966, diversi consiglieri e specialmente i rappresentanti della SVP hanno accennato alla necessità ed all'urgenza di mettere a disposizione nuovi fondi affinché gli enti pubblici siano in grado di realizzare i lavori pubblici più indispensabili.

La Giunta regionale non ha prospettato, né nel 1965 né nell'attuale dibattito sul bilancio, lo stanziamento di nuovi fondi per l'esecuzione di lavori pubblici, nonostante che i rappresentanti della Provincia di Bolzano avessero potuto dimostrare come soltanto in quest'ultima provincia i lavori che attendono un finanziamento ammontino a circa 15 miliardi di lire. Tale finanziamento è attualmente impossibile perché i fondi delle leggi regionali n. 9 e 17 del 1963 sono ormai esauriti. I mezzi finanziari a disposizione di queste leggi sono stati infatti tutti suddivisi ed assegnati in base all'ultimo piano pluriennale. Se in Provincia di Bolzano le domande giacenti che aspettano invano un finanziamento raggiungono i 15 miliardi di lire, in Provincia di Trento la situazione non è molto migliore. In base a queste considerazioni sembra oggi più urgente che mai mettere a disposizione delle succitate leggi n. 9 e 17 del 1963 nuovi fondi, affinché le domande giacenti presso le due province possano essere sbrigate al più presto.

La realizzazione di lavori pubblici procura

non da ultimo un'occupazione a molti operai e contribuisce ad eliminare la attuale sotto-occupazione nel settore edilizio. Infine l'esecuzione di tali lavori pubblici costituisce altresì una indispensabile premessa per un migliore e rapido sviluppo economico delle due province.

Tutto ciò premesso

IL CONSIGLIO REGIONALE IMPEGNA

la Giunta a stanziare nel bilancio 1967 e seguenti una somma adeguata allo scopo di rifinanziare le leggi regionali n. 9 e 17 del 1963 affinché le domande presentate dagli enti locali alle Amministrazioni provinciali possano al più presto essere prese in considerazione ed i lavori pubblici in oggetto possano venire realizzati senza ulteriori ritardi.

Il presentatore illustra la mozione? Allora ha la parola il cons. Dalsass, senza limite di tempo, e gli altri gruppi hanno a disposizione venti minuti di tempo per le loro posizioni.

DALSASS (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns im Sommer dieses Jahres veranlaßt gesehen, einen Beschlußantrag einzubringen, um den Regionalausschuß zu verpflichten, das Gesetz zur Durchführung von öffentlichen Arbeinten zu refinanzieren. Nun möchte ich, um vielleicht die Sache ein wenig genauer darzulegen, die Entstehungsgeschichte oder sagen wir die Entwicklung dieser Gesetze aufzeigen. Die meisten von uns können sich noch erinnern, als wir im Jahre 1963 über die neuen Gesetze auf dem Sektor der öffentlichen Arbeiten hier beraten und debattiert haben und zur Einsicht gekommen sind — ich möchte sagen, der Regionalausschuß ist in erster Linie zur Einsicht gekommen —, daß es mit dem bestehenden Regionalgesetz Nr. 3 vom Jahre 1951 nicht mehr weitergehen könne, denn auf Grund dieses Regionalgesetzes wurden seinerzeit eine Menge von Gesuchen eingereicht und konnten wegen der Beschränktheit der zur Verfügung stehenden Mittel keine Berücksichtigung finden. Es hat damals nur dieses Dreiergesetz gegeben, auf Grund dessen man einen Verlustbeitrag normalerweise bis zu 50% gewähren konnte und in Ausnahmefällen — wenn es sich um defizitäre Gemeinden handelte — bis zu maximal 70%. Aber in der Regionalbilanz hat man jedes Jahr ungefähr 900 Millionen bis zu einer Milliarde an Beiträgen vorgesehen, so daß man in jeder Provinz ungefähr 800 - 900 Millionen Lire an Arbeiten finanzieren konnte. Dieser Betrag war viel zu gering, um dem Bedarf auf diesem Sektor gerecht zu werden. Deswegen hat der Regionalausschuß in guter Voraussicht ein neues Gesetz ausgearbeitet und auch ein neues System angewandt. Man ist praktisch vom Verlustbeitrag abgekommen und ist zum Zinsenzuschuß übergegangen. So haben wir das Gesetz Nr. 17 von 1. Juli 1963 erhalten. Auf Grund dieses Gesetzes Nr. 17 konnten die Gemeinden eben einen Zinsenzuschuß bis maximal 7,5% des zugelassenen Betrages erhalten, und zwar für die Dauer von fünfzehn Jahren. Man hat in diesem Gesetz auch die defizitären Gemeinden nicht vergessen, für die man eine Sonderbehandlung vorgesehen hat und zwar einen Verlustbeitrag bis zu höchstens 50% des anerkannten Betrages, und auf der Differenz, auf den übrigen 50%, noch zusätzlich den Zinsenbeitrag, der auch bis zu einem Höchstausmaß von 7,5% gehen konnte. Ich muß schon sagen, daß auch dieses Gesetz Nr. 17 großen Anklang gefunden hat. Die Herren Regionalräte, die damals hier waren, werden sich erinnern, daß man geglaubt hat, mit diesem Gesetz die bereits vorliegenden Gesuche

berücksichtigen zu können und gar nicht daran dachte, daß noch eine Unmenge von anderen Gesuchen in allernächster Zeit nachgereicht werden würden. Man hat nicht an diese Vielzahl von Gesuchen gedacht, die schon innerhalb des ersten Termins, der im September 1963 abgelaufen ist, nachgereicht worden sind und dann noch innerhalb der übrigen Termine, d.h. innerhalb des 31. Jänner eines jeden Jahres: 1964, 1965 und 1966. Ich kann mich noch daran erinnern und habe mir aufgezeichnet, daß damals in der Provinz Bozen ein Betrag von rund 7,5 Milliarden Lire auf die Finanzierung gewartet hat. Es sind also damals, 1963, Gesuche von den Gemeinden und den anderen Körperschaften der Provinz Bozen für 7,5 Milliarden Lire eingereicht worden, die auf Grund des alten Gesetzes N. 3 nicht Berücksichtigung finden konnten, weil eben viel zu wenig Geldmittel zur Verfügung standen. Im Laufe dieser Jahre konnten wir diese bereits aufliegenden Gesuche zum größten Teil berücksichtigen und selbstverständlich auch solche, die neu eingereicht waren, weil man bestimmte Arbeiten als vordringlicher betrachtet hat als jene der Gesuche von vielleicht ein oder zwei Jahren vorher. Denn schließlich und endlich muß man auch innerhalb der Landesverwaltung eine Reihenfolge, bzw. Dringlichkeitsordnung aufstellen. Nun hat der Landesausschuß, der delegiert worden ist, dieses Gesetz Nr. 17 durchzuführen, die entsprechenden Beiträge verteilt. Ich kann Ihnen heute schon mitteilen, daß auf Grund dieses Gesetzes Nr. 17, das sich für die Gemeinden und die übrigen öffentlichen Körperschaften günstig ausgewirkt hat, in diesen Jahren nicht weniger als 8 Milliarden Lire finanziert worden sind. Man hat also immerhin etwas Wesentliches dazu beigetragen, um auf dem Bausektor weiterzukommen, wenn man auch, wie gesagt, nur die vordringlichsten Arbeiten berücksichtigt hat. Gleichzeitig mit diesem Gesetz Nr. 17 ist auch noch das Gesetz Nr. 3 in Kraft geblieben, wenn auch mit einer äußerst beschränkten Finanzierung von nur wenigen Hunderten von Millionen, sodaß auch nach Inkrafttreten des Gesetzes Nr. 17 den Gemeinden und den übrigen im Gesetz aufgezählten öffentlichen Körperschaften Verlustbeiträge bis zu einem Höchstausmaß von 50% gegeben werden konnten. Also auch das Gesetz Nr. 3 ist nicht mehr in derselben Formulierung, im selben Wortlaut in Kraft geblieben wie es früher war, sondern es wurde dahin abgeändert, daß die Beiträge nur mehr bis zu einem Höchstmaß von 50% gewährt werden konnten. Auf Grund dieses noch bestehenden 3er-Gesetzes, wie man es immer genannt hat, konnten in der Provinz Bozen Arbeiten für noch ungefähr rund eine Milliarde Lire finanziert werden. Aber Sie wissen ja, meine Damen und Herren, daß das Gesetz 17, wenn es auch auf dem Papier eine Lebensdauer bis zum Jahre 1968 besitzt, die Möglichkeit vorsah, die Gelder, und zwar sämtliche Gelder, auf Grund eines Mehrjahresprogrammes sofort zuzuteilen. Und diese Verteilung der Beiträge auf Grund des Gesetzes Nr. 17 ist meines Wissens in der Provinz Trient schon im Jahre 1964 zur Gänze vorgenommen worden, also sämtliche Beiträge vom Gesetz 17 sind in der Provinz Trient — soweit ich informiert bin — noch innerhalb 1964 verteilt worden. Wir als Provinz Bozen, also als Landesverwaltung von Bozen, hatten dies nicht getan, sondern erst im heurigen Jahre haben wir uns gezwungen gesehen, auch diesen Weg zu beschreiten, weil die Gesuche dermaßen zahlreich waren und der Andrang so groß war, daß man endlich einmal den Leuten sagen mußte, ob sie etwas bekommen und eventuell auch wieviel. Deswegen sind

sämtliche Gelder auf Grund des Gesetzes Nr. 17, das, wie gesagt, eine Lebensdauer bis 1968 hat, im Jahre 1966, im heurigen Frühjahr, zur Gänze aufgeteilt und zugewiesen worden. Damit sind auf dem Gesetz Nr. 17 Gesuche für rund 8 Milliarden Lire berücksichtigt worden und auf dem alten Gesetz Nr. 3 vom Jahre 1951 für rund 1 Milliarde Lire, so daß wir insgesamt Arbeiten für 9 Milliarden Lire finanzieren konnten. Ich betone nochmals, daß sich dieses Gesetz sehr positiv ausgewirkt hat. Nun ist es aber so gekommen, daß die damals im Jahre 1963 aufliegenden Gesuche für 7,5 Milliarden Lire in der Zwischenzeit, wenn man die Zuweisung von Beiträgen ausnimmt, auf rund 24 Milliarden Lire hinaufgeschnellt sind, so daß wir heute, wenn man die bereits zugewiesenen Beiträge abzählt, beim Landesausschuß noch offene Gesuche für rund 14 bis 15 Milliarden Lire aufliegen haben. Sie können sich vorstellen, meine Damen und Herren, daß man, wenn man so viele Gesuche aufliegen hat und es überhaupt nicht möglich ist, auch nur ein einziges zu berücksichtigen, in Bedrängnis gerät.

Aus dieser Überlegung heraus, habe ich mir erlaubt, schon anläßlich der Bilanzdebatte 1965, also des abgelaufenen Jahres, auf die Notwendigkeit hinzuweisen, diese Gesetze Nr. 17 und Nr. 3 zu refinanzieren. Ich hatte einen eindringlichen Appell an den Regionalausschuß gerichtet, auch diesem Rechnung zu tragen. Im Jahre 1965 hat es aber geheißen, es sei nun nicht möglich, weil die finanzielle Lage der Region es nicht zulasse. Anläßlich der Bilanzdebatte 1966 habe ich mich veranlaßt gesehen, wiederum auf dieses Thema zurückzukommen und wiederum habe ich den Regionalausschuß und insbesondere den Präsidenten ersucht, doch auch ein offenes Ohr für die öffentlichen Arbeiten zu haben. Es liegen nämlich sehr viele öffentliche Arbeiten mit großer Dringlichkeit vor. Bedenken wir, daß in so machen Gemeinden noch Wasserleitungen gebaut, verstärkt oder vergrößert werden müssen. Bedenken wir, daß in zahlreichen Gemeinden der Provinz Bozen noch die Kanalisierungen fehlen, eine Voraussetzung, die auch für die Entwicklung des Fremdenverkehrs von unbedingter Notwendigkeit ist. Bedenken wir, daß so manche Straßen noch gebaut werden müssen zu Fraktionen hin, die heute noch isoliert dastehen. Und ohne Straße — ich glaube, da sind wir uns doch alle einig — kann man an keine Entwicklung denken. Eine Grundvoraussetzung für eine wirtschaftliche Entwicklung auf allen Sektoren ist wohl eine gute Straße. Aber auch andere öffentliche Bauten sind oft notwendig. Ich erinnere an die Schulen, die in bestimmten Fraktionen noch zu verbessern, zu erneuern oder neu zu bauen sind. Deswegen haben wir es für notwendig erachtet, den Regionalausschuß zu ersuchen, er möge diese Regionalgesetze Nr. 17 und Nr. 3 nochmals finanzieren. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wir bekommen in der Landesverwaltung jeden Tag den Besuch des einen oder des anderen Bürgermeisters, und der Hauptzwech dieser Besuche ist der, einmal nachzufragen, wie weit es mit der Finanzierung von öffentlichen Arbeiten ist. Die Bürgermeister kommen ununterbrochen und können es nicht verstehen, daß man für die öffentlichen Arbeiten nicht die nötigen Gelder oder zumindest nicht mehr Gelder zur Verfügung stellt. In den letzten Jahren hat man nämlich immer wieder gehört und gelesen, daß für alle Wirtschaftszweige neue Gesetze herausgekommen sind und daß auf allen anderen Gebieten bereits bestehende Gesetze auch refinanziert worden sind. Nur die Gesetze auf dem Gebiete der öffentlichen Arbeiten sind nicht refinanziert

worden. Deswegen hat man immer wieder hören müssen: Ja, wenn die Region schon für alles übrige Geld aufbringt, ist es dann nicht auch möglich, für die öffentlichen Arbeiten, die in unseren Gemeinden und in unseren Fraktionen so dringend notwendig sind, Gelder zu finden? Ich glaube, in diesem Sinne sind auch so manche Bürgermeister direkt vor stellig geworden oder haben sich schriftlich an die Region gewandt, mit dem Ersuchen, man möge doch diese Gesetze refinanzieren. Aber nicht nur die Bürgermeister als Einzelpersonen, sondern auch der Gemeindenverband der Provinz Bozen — so wenigstens ist mir bekannt — hat einen Begehrensantrag an die Region weitergeleiet, man möge doch die Gesetze Nr. 17 und Nr. 3 refinanzieren, denn schließlich und endlich müsse auch für die öffentlichen Arbeiten Sorge getragen werden. Ich sehe schon ein — wir haben ja eine sehr lange Debatte in diesen vergangenen Tagen darüber gehabt —, daß die Region heute, durch die Unwetterkatastrophe, die, sei es in der Provinz Bozen, und noch mehr in der Provinz Trient über uns hereingebrochen ist, mehr denn je in Anspruch genommen ist. Aber wir hoffen und sind zumindest zuversichtlich, daß ein guter Teil dieser Gelder zur Behebung der Unwetterschäden und zur Unterstützung auch der Privaten und der Gemeinden vom Staate kommen wird, so daß die Belastung für die Region meines Erachtens nicht gerade die größte sein sollte. Hoffen wir wenigstens, daß es so kommen wird. Und wenn nun diese Gelder für die Behebung von Unwetterschäden zum größten Teil, ich möchte fast sagen beinahe zur Gänze vom Staate kommen, dann hätte die Region jetzt die Möglichkeit, auch auf dem Sektor für öffentliche Arbeiten diese neuen Finanzierungen vorzunehmen. Ich möchte daher den Appel an den Regionalausschuß richten, doch das notwendige Verständnis auch für diesen Sektor der öffentlichen Arbeiten aufzubringen, — ich rede selbstverständlich hauptsächlich für die Provinz Bozen, weil ich die Situation dort besser kenne, aber ich glaube, in der Provinz Trient schaut es nicht gerade viel besser aus — und auch hier neue Gelder zur Verfügung zu stellen. Ich hatte Gelegenheit dem zuständigen Regionalassessor ein Verzeichnis über die bei uns aufliegenden Gesuche zu übermitteln. Anhand dieses Verzeichnisses konnte er selbst feststellen, wieviel Gesuche in der Provinz Bozen auf Finanzierung warten. Deswegen glaube ich, oder hoffe ich zumindest, daß man für die öffentlichen Arbeiten auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen wird.

Am schnellsten, kommt mir vor, ginge es, wenn man dieses Gesetz Nr. 17, so wie es ist, refinanzieren würde. Und deswegen haben wir in unserem Beschlußantrag auch dies vorgesehen. Eine Änderung des Gesetzes wäre mit einem großen Zeitverlust verbunden. Deswegen würde ich schon dafür plädieren — und ich glaube, daß auch der Ausschuß nichts dagegen haben wird —, daß dieses Gesetz 17 und zusätzlich noch, für die kleineren Arbeiten, auch das Gesetz 3 refinanziert wird. Ich möchte diesbezüglich abschließen — ich will ja nicht gar zu lange reden, weil der langen Reden hier in Vergangenheit schon genug getan worden ist — und den Ausschuß eindringlich ersuchen, in unserem Sinne, so wie wir den Beschlußantrag eingebracht haben, zu handeln, und hoffe, der Regionalrat wird diesem Beschlußantrag seine Zustimmung geben.

(Egregio Signor Presidente! Signore e Signori! Durante l'estate del corrente anno ci siamo visti indotti a presentare una mozione allo scopo di impegnare la Giunta Regionale al

rifinanziamento della legge che regola la attuazione delle opere pubbliche. Ora, onde poter forse analizzare meglio la questione, vorrei chiarirvene l'origine o — diciamo — lo sviluppo. Fra di noi, quasi tutti ricordano certamente che nel 1963 ci siamo qui consultati e, discutendo sulle nuove leggi pertinenti il settore dei lavori pubblici, ci siamo resi conto — o forse è più esatto dire che fu proprio la Giunta a riconoscerlo per prima — come quella legge regionale n. 3, varata già nel 1951, non consentisse più, per la limitatezza dei fondi a disposizione, di prendere in esame le numerose istanze che, a norma di tale legge, furono a suo tempo presentate. Vigeva allora solo questa cosiddetta legge n. 3, la quale prevedeva, in via ordinaria, la elargizione di contributi a fondo perduto fino al 50% — ed in casi eccezionali — qualora si trattasse di Comuni deficitari — fino ad un massimo del 70%. Nel bilancio regionale di previsione venivano stanziati annualmente da 900 milioni ad un miliardo di lire per contributi, per cui si potevano finanziare in ogni Provincia opere pubbliche per un valore variante dagli otto ai novecento milioni. Tale importo era troppo esiguo per soddisfare alle necessità in questo settore.

Per tal motivo la Giunta Regionale ha elaborato, con buoni intendimenti, una nuova legge ed un nuovo sistema. Praticamente si è desistito dal concedere contributi a fondo perduto, adottando invece il sistema del concorso in conto interessi e mantenendo così vigente la legge nr. 17 del primo luglio 1963. A norma di questa legge i Comuni poterono così fruire di contributi sugli interessi, nella misura del 7,5% sull'importo riconosciuto ammissibile, e ciò per la durata di quindici anni. Questa legge non ha trascurato neppure i Comuni deficitari, per i quali venne previsto un trattamento a sè e cioè un mutuo a fondo perduto pari e non oltre al 50% dell'importo riconosciuto ammissibile, ed il concorso in fondo interessi non superiore al 7,5% sul restante 50% di detto importo. Devo ammettere che anche così modificata la legge 17 venne accolta favorevolmente. I Signori Consiglieri, allora presenti, si ricorderanno che pur ritenendo di poter prendere in considerazione le numerose istanze giacenti in attesa di evasione, si era completamente trascurato il fattore dell'ingente numero di istanze che si sarebbero aggiunte, in un breve arco di tempo, alle altre. Non si era dunque tenuto conto delle molteplici istanze che in effetti vennero poi inoltrate entro il primo termine di scadenza, fissato dalla legge al settembre del 1963, ed entro gli altri termini, fissati rispettivamente al 31 gennaio del 1964, del 1965 e 1966. Rammento ancora e ne ho preso nota, che, allora, nella Provincia di Bolzano un ammontare di spese pari a tondi 7 miliardi e mezzo di lire, attendeva il finanziamento. Nel 1963 quindi, vennero, dai Comuni e da altri Enti della nostra Provincia, presentate istanze per un importo di 7,5 miliardi di lire, istanze che a causa delle vecchie norme vigenti in seno alla legge nr. 3 non poterono, a motivo della scarsa disponibilità finanziaria, essere prese in considerazione. Durante questi anni riuscimmo ad evadere il maggior numero delle pratiche esistenti e naturalmente quelle che, presentate successivamente, vennero considerate più urgenti di altre presentate forse uno o due anni prima, poiché, dopotutto, è necessario che la Amministrazione Provinciale, nello svolgimento delle pratiche, rispetti i principi di priorità che regolano l'ordine di successione. Ora, la Giunta Provinciale, delegata ad ottemperare a questa legge 17, ha ripartito i contributi a disposizione. A tale riguardo posso già comunicarvi che a norma di questa legge, la cui applicazione si è dimostrata efficace per i Comuni ed

altri Enti pubblici, sono stati nel corso di questi anni, stanziati non meno di otto miliardi di lire. In ogni caso, dunque, si è apportato un notevole incentivo nel settore edile anche se, come detto si sono tenuti in considerazione i lavori più pressanti. Unitamente alla legge nr. 3, sia pure con un finanziamento estremamente misero di solo poche centinaia di milioni, cosicché, pure dopo la entrata in vigore della legge 17, i Comuni e gli altri Enti pubblici enumerati nella legge poterono fruire, nella misura massima del 50%, di contributi a fondo perduto. Quindi anche la legge 3 non è rimasta operante con la stessa formulazione e lo stesso testo di prima, bensì è stata modificata nel senso che i contributi poterono essere elargiti fino ad un massimo del 50%. In base a questa legge 3, ancora vigente, fu possibile finanziare in Provincia di Bolzano opere per un miliardo. Ma lor Signori sanno bene che la legge 17 pur figurando ufficialmente in vigore sino al 1968, prevedeva la possibilità di distribuire il denaro, cioè i fondi al completo, in base ad un programma pluriennale. Mi risulta che tale ripartizione è stata effettuata, per la totalità, in Provincia di Trento già nel 1964; ripeto, i complessivi fondi della legge 17, per quanto mi consta, sono stati distribuiti a Trento ancora entro il 1964. Noi invece come Provincia di Bolzano e quindi quale Amministrazione Provinciale, non avevamo ancora provveduto a farlo e soltanto quest'anno ci siamo visti indotti a procedere in tal senso, dato che le istanze erano ormai tali e tante e talmente pressanti da rendere indispensabile l'informare la gente, se ed in quale misura, si sarebbe data evasione alle loro richieste. Perciò, in conformità alla legge 17, vigente come detto sino al 1968, i fondi sono stati ripartiti ed assegnati, per la totalità, nella primavera del corrente anno 1966. Questo significa che in ottemperanza alla legge si è dato evasione a richieste per un importo di tondi otto miliardi di lire, e, per un altro miliardo tondo a norma della vecchia legge 3 del 1951, per cui, a conti fatti, fu possibile finanziare lavori per complessivi nove miliardi di lire. Non posso pertanto esimermi dal porre ancora in rilievo gli effetti assolutamente positivi di questa legge. Ora si sta però verificando che le istanze, pari ad un ammontare di sette miliardi e mezzo, rimaste in sospeso nel 1963, escludendo quelle evase, sono nel frattempo salite ad un numero che comporta la ragguardevole cifra di 24 miliardi di lire, cosicché oggi, pur detraendo i contributi già concessi, ritroviamo giacenti presso la Giunta Provinciale, istanze per un ammontare di 14 o 15 miliardi. Ora Signore e Signori non è difficile immaginare in quale penosa situazione si incorra allorquando un tal numero di istanze giacciono in attesa di evasione e neppure una di esse possa, per forza maggiore, essere presa in esame.

Tali considerazioni mi hanno indotto, già in occasione del dibattito sul bilancio del decorso 1965, a richiamare l'attenzione sulla necessità di un rifinanziamento delle leggi 17 e 3 ed a rivolgere un pressante appello alla Giunta Regionale affinché tenesse in dovuta considerazione anche tale spesa, appello rimasto peraltro inascoltato in quanto — si disse — la situazione finanziaria di quell'anno non lo consentiva. Ovviamente, nel 1966, sempre in occasione del dibattito sul bilancio, ho ritenuto mio dovere ritornare sull'argomento ed ancora una volta ho pregato caldamente la Giunta Provinciale, in special modo il Presidente, di voler, bene o male, prestare orecchio a quanto concerne le opere pubbliche. Infatti sono tanti questi lavori cui bisognerebbe provvedere urgentemente! Sappiamo bene che più di un Comune è privo di condutture idriche o

che quelle esistenti abbisognano di rinforzo ed ampliamento; inoltre che numerosi Comuni della nostra Provincia sono sprovvisti di fognature, condizione questa, assolutamente negativa ai fini dello sviluppo turistico. Consideriamo altresì la necessità, che ancora abbiamo, di strade che consentano di raggiungere le frazioni a tutt'oggi isolate. E senza via d'accesso — credo che su questo si sia pur tutti concordi — è inutile voler pensare di poter conseguire un qualsiasi sviluppo. Una delle premesse fondamentali ai fini di un progresso economico in tutti i settori, è certamente una efficiente rete viaria. Ma le necessità si estendono anche alle opere pubbliche. In merito mi richiamo agli edifici scolastici che in certe frazioni necessitano di migliorie, restauri o addirittura di esser costruiti ex-novo. Per questo abbiamo ritenuto opportuno pregare la Giunta Regionale di voler rifinanziare le leggi 17 e 3. Vi basti sapere che non trascorre giorno senza che nella sede dell'Amministrazione Provinciale ci si veda capitare l'uno o l'altro Sindaco, scopo precipuo dei quali è di informarsi a che punto si sia con il rifinanziamento delle opere pubbliche. I Sindaci, le cui apparizioni si susseguono a ritmo continuo, non riescono a concepire il motivo per il quale non si mettano a disposizione i fondi necessari o, quanto meno, più denaro, per le opere pubbliche. In questi ultimi anni, infatti, vuoi per sentito dire, vuoi perché riportato sui giornali, è stato ribadito ancora ed ancora che per ogni ramo dell'economia sono state promulgate nuove leggi, che per tutti gli altri settori si è già provveduto al rifinanziamento di quelle esistenti, e che solo per le leggi relative alle opere pubbliche non si è provveduto al rifinanziamento. Ciò ha ovviamente suscitato l'interrogativo: « Dal momento che la Regione riesce a procacciare denaro per tutti gli altri fabbisogni, non le è proprio possibile trovarne anche per quei lavori pubblici così pressanti nei nostri Comuni e nelle nostre frazioni? » Credo che proprio questo abbia indotto alcuni Sindaci a rivolgersi di persona, o per iscritto alla Regione, con la preghiera che si voglia procedere al rifinanziamento di quelle leggi. Ma non soltanto i singoli Sindaci, bensì anche il Consorzio dei Comuni della Provincia di Bolzano, — almeno per quanto mi risulta — ha inoltrato un voto alla Regione, nel quale è chiesto che si voglia finalmente provvedere il rifinanziamento delle leggi 17 e 3, poiché in definitiva è pur doveroso occuparsi anche delle necessità relative alle opere pubbliche. Mi rendo conto — nei giorni scorsi abbiamo discusso lungamente in merito — che oggi come oggi la Regione, a causa della catastrofe atmosferica abbattutasi sulla nostra Provincia, e maggiormente su quella di Trento, è più che mai assillata da problemi di varia natura. Noi però ci attendiamo, o quanto meno fidiamo, che una buona parte dei fondi necessari alla rimozione dei danni conseguiti all'alluvione, fondi necessari anche alla sovvenzione dei privati e dei Comuni, vengano forniti dallo Stato di modo che, a mio avviso, questo onere possa per la Regione non essere uno fra i più gravosi. Auguriamoci che ciò si verifichi davvero. E se sarà effettivamente lo Stato al elargire una buona parte — vorrei poter dire per la totalità — il denaro disponibile alla rimozione dei danni alluvionali, la Regione verrà a trovarsi in grado di intraprendere questi rifinanziamenti nel settore delle opere pubbliche. Desidero pertanto appellarmi alla Giunta Regionale onde si renda finalmente partecipe delle necessità inerenti al settore dei pubblici lavori — mi riferisco in special modo alla nostra Provincia, della cui situazione sono più addentro — credo comunque che a Trento le cose non vadano molto meglio — rivolgere un appello, dicevo,

affinché vengano messi a disposizione di entrambe le Province, ulteriori e più consistenti mezzi finanziari. Ho avuto l'occasione di trasmettere al competente Assessore un elenco di tutte le istanze non ancora prese in considerazione, dandogli così l'opportunità di accertarsi personalmente sul numero delle richieste che in Provincia di Bolzano sono ancora in attesa di finanziamento. Per tale motivo mi attendo, o quanto meno confido, che vengano messi a disposizione fondi sufficienti per sopperire anche alle esigenze nel settore dei lavori pubblici.

Ritengo che per giungere ad una soluzione, la via più breve consista nel rifinanziamento della legge 17, lasciandone invariate le norme, provvedimento questo, anche esso previsto nella nostra mozione. Procedere ad eventuali modifiche comporterebbe una notevole perdita di tempo, per cui propenderei senz'altro — e credo che la Giunta non avrebbe nulla in contrario — al rifinanziamento della legge nr. 17 ed, in relazione ai lavori minori, anche per quello della legge nr. 3. E con questo, senza volermi ulteriormente dilungare — dato che tempo addietro di lunghi discorsi ne abbiamo ascoltati fin troppi — vorrei concludere pregando caldamente la Giunta Regionale di accogliere la nostra mozione, nella speranza che anche il Consiglio Regionale la accetti favorevolmente e la approvi.)

PRESIDENTE: La parola al cons. Gouthier.

GOUTHIER (P.C.I.): Noi, evidentemente, non abbiamo motivo per non credere alle esigenze della Regione in materia di lavori pubblici, anzi caldeggiamo uno stanziamento di fondi per questo settore, vitale per lo sviluppo della economia. Quindi noi vogliamo questo aumento; noi riteniamo che si debba venire incontro in modo urgente e sistematico ai bisogni resi ancora più gravi dalle intemperie degli ultimi tempi. Però, signor Presidente e signori colleghi, noi chiediamo altre cose, non questa mozione. Noi non possiamo evidentemente accontentarci di chiedere delle somme di danaro, che più ampie sono, meglio è. Noi vogliamo conoscere come queste somme di danaro verranno impiegate, per quali fini, dove verranno stanziate, quali sono i bisogni prioritari cui si vuol far fronte. Perché, signori colleghi, noi abbiamo dei precedenti sulla legge 3 e sulle altre leggi, che sono non molto edificanti. Noi abbiamo degli stanziamenti numerosi e cospicui per quella voce che riguarda le opere relative al culto — parrocchie così via —; un numero addirittura sproporzionato, decisamente sproporzionato rispetto alla viabilità, rispetto alle altre esigenze di fondo. Ora io non intendo fare qui, evidentemente . . .

SALVADORI (D.C.): Quali? Bastano le percentuali!

GOUTHIER (P.C.I.): Io, collega Salvadori, ho qui la documentazione, e se vuole mi abbandono a una lettura . . .

SALVADORI (D.C.): *(Interrompe).*

GOUTHIER (P.C.I.): . . . « Cortaccia, sistemazione della piazza prospiciente la chiesa parrocchiale. Corvara: ufficio parrocchiale; completamento del palco cantori e organo. Parrocchia S.S. Immacolata, Laghetti: impianto riscaldamento. . . ».

SALVADORI (D.C.): Sono le percentuali che interessano!

GOUTHIER (P.C.I.): Ma io non ho potuto dedicarmi a queste somme!

SALVADORI (D.C.): Ma allora, senta, si risparmi queste osservazioni!

GOUTHIER (P.C.I.): Le leggo le voci, che sono un elenco ufficiale, e se a lei dispiace che sia letto, dispiace . . .

SALVADORI (D.C.): No, non mi dispiace affatto!

GOUTHIER (P.C.I.): Bene, io continuerò a leggerglielo.

« Ufficio chiesa Egna: impianto di riscaldamento, ecc.: 1 milione 40 mila lire. Fiè: ufficio parrocchiale; riparazione del tetto della chiesa: 456 mila lire. Laives: impianto di riscaldamento nella chiesa parrocchiale: 1 milione 240 mila lire. Merano: ufficio parrocchiale; fusione della campana della parrocchia di Maia: 280 mila lire. Nalles: parrocchia San Nicolò; ufficio parrocchiale: installazione dell'impianto di riscaldamento. Ponte Gardena: ufficio parrocchiale: elettrificazione comando oscillazione campane — ce n'è per tutti i gusti —; Ufficio parrocchiale Cermes: 3 milioni 136 mila lire. Selva Molini: ufficio parrocchiale Lappago: 994 mila lire. Ufficio parrocchiale Senales. . . ».

(INTERRUZIONE)

GOUTHIER (P.C.I.): Eh, leggo!

SALVADORI (D.C.): È troppo comodo leggere così!

GOUTHIER (P.C.I.): Legge n. 17, '63: Ufficio parrocchiale Tre Santi: costruzione del complesso parrocchiale. Qua ci sono 400 mila lire nel '66, 1 milioni 50 mila nel '67, 1 milione 50 mila nel '68. Rainerum: costruzione edificio scolastico, e via dicendo. Se vuole le faccio avere una copia, ripeto, una copia ufficiale. Non è inventata. Ho già fatto fatica troppa a leggerla, non credo che lei mi voglia imputare un'ulteriore fatica per fare delle proporzioni che voi conoscete meglio di me.

SALVADORI (D.C.): No, rilevo che non mi ha risposto!

GOUTHIER (P.C.I.): Ora, io neanche nego — e comprendo la stizza del collega Salvadori; ma la critica riguarda la provincia di Bolzano, poiché per la provincia di Trento non ho dei dati — non nego che parrocchie, chiese, scuole rette da istituti ecclesiastici abbiano le loro esigenze. Quello che io nego è il diritto della Giunta provinciale di fare *ad libitum,* a pura discrezione, senza un controllo del Consiglio regionale. Ora noi vogliamo che ci sia un piano con un grado di priorità per le diverse opere, che questo piano venga discusso, che vengano inserite strade, ponti, acquedotti, chiese, parrocchie e tutto quanto quello che volete. Si discuta però e si faccia una scala di priorità: se v'è un posto dove assolutamente manca una chiesa, si faccia anche la chiesa, nessuno è contrario, però si veda e si discuta, non in sede soltanto di Giunta, ma in sede di Consiglio, e si fissino dei criteri obiettivi di validità, in modo che la discriminazione della Giunta ven-

ga eliminata. Sennò, signori miei, questa diventa — già non è più una cosa seria — diventa uno strumento di sottogoverno, diventa uno strumento per venire incontro a esigenze settoriali, a esigenze, a stimoli municipalistici, a stimoli, se vogliamo dire, anche elettoralistici, che noi non possiamo in nessun modo accettare. Si parla tanto a livello di governo, a livello anche regionale, di esigenze di austerità, di restrinzioni di spesa pubblica. Noi siamo contrari perché molte volte questo termine «austerità », restrinzione di spesa pubblica, significa austerità per i ceti meno abbienti. Però, in questo settore dei lavori pubblici, un minimo di serietà, cioè un minimo di discussione, un minimo di esame collettivo e collegiale delle esigenze deve essere assolutamente il presupposto per ulteriori stanziamenti. Ben vengano questi ulteriori stanziamenti, però, li discutiamo tutti quanti, e pubblicamente venga detto dove si vogliono indirizzare queste somme.

Quindi la mozione, così come è stesa, è un puro e semplice rifinanziamento delle leggi precedenti, dirette puramente e semplicemente a venire incontro a domande che indubbiamente giacciono, io ci credo, domande che indubbiamente sono fondate, comprese quelle per le parrocchie, le campane, il sistema di riscaldamento, sono fondate, però vediamo se sono le più fondate e in che modo si ponga il rapporto con tutte le altre richieste dei comuni e degli enti pubblici interessati.

In altre parole: discussione pubblica, fissazione, da parte della Giunta, di criteri di priorità, esame collettivo di questi criteri di priorità e decisione di questi stanziamenti. A questa condizione, in base a una discussione pubblica sui criteri di priorità, noi siamo d'accordo, siamo favorevoli a un aumento di stanziamento. Ben vengano i quattrini, e noi riteniamo che in questo momento, in cui sono imperversate alluvioni, piogge e così via, un incremento di lavori pubblici sia indispensabile, sia essenziale per lo sviluppo dell'economia. Però questo non deve, in nessun caso, diventare un settore, una riserva di caccia per l'assessorato ai lavori pubblici, non deve diventare uno strumento per favorire questo o quel comune, questa o quella frazione, questa o quell'altra parrocchia. In nessun caso. La legge, così com'è, il meccanismo di questa possibilità di finanziamento, evidentemente non sono altro, oggi come oggi, che uno strumento di sottogoverno. Quindi, o in questa mozione vengono inseriti precisi criteri di controllo generale sugli stanziamenti, in base a esigenze pubbliche ben precise, o sennò noi dovremo respingere questa mozione, perché non si abbiano a ripetere cose poco edificanti che sono avvenute nel passato.

PRESIDENTE: La parola al cons. Vinante.

VINANTE (P.S.U.): Io vorrei, signori consiglieri, richiamare anche l'attenzione sullo accordo programmatico di questa Giunta regionale, accordo che è stato concordato nel senso, soprattutto per quanto è riferito ai lavori pubblici, di determinare e stabilire una programmazione, una priorità di lavori. Ora su questo, noi del nostro gruppo, insistiamo perché nella prossima impostazione del bilancio preventivo della Regione, si affronti il problema nella sua vastità, nella sua profondità, nella sua realtà. Noi riconosciamo, senz'altro riconosciamo l'esigenza, il bisogno e la necessità di un incremento di questi fondi dei lavori pubblici; e qui si dimostra che quando nel 1949-50 si è iniziata questa attività, e si era affermato il concetto che in pochi anni si sarebbero attrezzati tutti i comuni della regione delle opere

di pubblico interesse, noi avevamo espresso la nostra riserva, e oggi si è manifestato che, per quanto noi andremo avanti, le esigenze di attuare un programma nel campo dei lavori pubblici saranno sempre in atto. Ora io ho sentito prima dal collega Dalsass, parlare di opere di estrema necessità, quali acquedotti che mancano, quali fognature che mancano; si è parlato di strade, dove manca la possibilità di collegamento col resto della Regione, di paesi totalmente isolati. Noi di questo abbiamo sempre parlato, cons. Dalsass, e abbiamo sempre sostenuta la necessità di evitare che si verifichi proprio questo. E abbiamo sempre sostenuto la tesi della necessità di creare una priorità di opere, perché abbiamo la visione che effettivamente le popolazioni, i comuni vanno aiutati in primo luogo ad affrontare queste opere, che hanno una gradazione di importanza. Ora noi siamo perfettamente d'accordo, noi riconosciamo che esistono ancora queste opere da portare a termine. E quindi che cosa diciamo? Noi diciamo: siamo senz'altro favorevoli a un incremento degli stanziamenti, ma che ci sia un impegno chiaro e preciso, che si debba creare anzitutto una elencazione di opere, una programmazione di opere, e questa venga statuita decisamente nella attività che dovrà svolgere l'assessorato ai lavori pubblici per i prossimi anni.

È stato detto che gli stanziamenti precedenti sono stati esauriti nel 1964; difatti noi ci troviamo oggi — purtroppo è la verità — a non poter più finanziare delle opere. Ogni volta che noi ci interessiamo presso i nostri illustri assessori, essi dicono: non abbiamo fondi. Ecco perché manca la programmazione anche in questo. E noi non possiamo quindi accettare, consiglieri della S.V.P., l'ordine del giorno o la mozione che avete presentato, così come è. Pur condividendolo nella sostanza, noi chiediamo di voler eventualmente apportare una modifica, nel senso che si preveda che si debba tener conto della necessità di una programmazione quinquennale di sviluppo nel campo dei lavori pubblici, e si desidera e si chiede che sia inserito anche l'argomento riguardante la priorità per le opere che sono state danneggiate dalle recenti alluvioni. Del resto anche il cons. Dalsass, mi pare, in una delle sue motivazioni, che lo hanno spinto a sostenere e difendere questa iniziativa, ha citato i gravi danni che sono stati provocati in queste recentissime alluvioni. Quindi noi dobbiamo concorrere, acché si possano ricostruire queste opere che sono di estrema e urgente necessità. Purtroppo le alluvioni hanno creato delle situazioni di estremo disagio. Noi troviamo dei paesi che sono stati privati di questi strumenti, di queste infrastrutture indispensabili per la vita civile e umana delle popolazioni. Ecco perché noi diciamo: sì, d'accordo, però evitiamo di andare avanti così, a tentoni, senza conoscere qual è l'orientamento preciso della Giunta.

Io riconosco che tutte le opere pubbliche sono importanti per la vita civile delle nostre popolazioni, sono utili, ma abbiamo opere che hanno una necessità, una assoluta necessità, rispetto alle altre. Quindi prima affrontiamo queste opere, che sono di estrema, di assoluta necessità, e speriamo un giorno di poter dotare tutti i nostri paesi anche di quelle infrastrutture che sono utili, ma che non sono di estrema necessità.

Ecco perché noi diciamo che il nostro gruppo sarà senz'altro d'accordo su una mozione che nel suo contenuto abbia concluso anche l'impegno, da parte della Giunta, di una programmazione, determinazione di opere prioritarie e inserimento di una facilitazione, soprattutto ai comuni che hanno subìto in queste recenti alluvioni le gravissime disgrazie, con le conseguenze che è inutile che noi qui in que-

sto momento esponiamo, in quanto sono perfettamente note.

Io mi auguro e spero che i presentatori della mozione Dalsass, Brugger e Zelger, accettino questa modifica alla mozione: credo che questo risulti anche positivo, soprattutto se teniamo conto delle motivazioni che l'assessore Dalsass ha fatto prima. Noi, con questa modifica, vogliamo riuscire ad ottenere quel risultato che proprio è stato il motivo della presentazione della mozione da parte dei consiglieri della S.V.P.

PRESIDENTE: La parola al cons. Bolognani.

BOLOGNANI (D.C.): Il collega Dalsass, nell'illustrare la sua mozione, l'ha corredata di ricchezza di dati, cosa che io non farò, in quanto la vita di queste leggi non ho avuto modo di seguirla come ha fatto lui. Però qui devo sottolineare l'importanza che l'esecuzione di opere pubbliche, che i lavori pubblici hanno nella creazione di infrastrutture sociali ed economiche per una comunità grande o piccola che sia, e l'ente pubblico deve dare a queste opere una primaria importanza; non per nulla fra i ministeri classici, il ministero dei lavori pubblici è uno di quelli che è nato prima. È quindi un dovere per l'ente pubblico di operare nel campo di quelle grandi opere pubbliche, che difficilmente farebbero i privati o alle quali molto lentamente comunque arriverebbero, e far sì che i costi siano sopportati da tutta la collettività. Acquedotti, pertanto, fognature, strade, ospedali, ricoveri, scuole, asili, case per la gioventù e anche chiese — collega Gouthier, mi pare che anche tu non sei contrario — sono tutte opere che in una misura maggiore o minore necessitano dell'intervento pubblico, in quanto tutte assicurano alla collettività, in generale, uno standard di vita appropriato alla civiltà nella quale viviamo, sia dal punto di vista economico e sociale. Sono inoltre, queste opere pubbliche, per via diretta o indiretta, la base per ulteriori slanci verso nuovi traguardi di progresso. La Regione, che ha competenza primaria in proposito, almeno per le opere di interesse regionale, ha, fin dal suo inizio, dato ampia considerazione al problema delle opere pubbliche. E il Consiglio regionale ha sempre guardato ai lavori pubblici, per il passato, in una maniera particolare, e ha considerato il ruolo degli stessi di primaria importanza, e ciò ha fatto bene. Infatti è pacifico che in regioni come la nostra, le quali denotano i segni caratteristici di zone depresse, certe categorie di opere, almeno, si presentano all'occhio del legislatore, degli amministratori, come temi determinanti, che non si possono lasciare da parte, pena il fermare lo slancio di una comunità intera. Di qui l'attuazione ai problemi dei lavori pubblici, le discussioni sui criteri, su valutazioni dei tipi di opere, sugli stanziamenti, sulle misure o sulle modalità di intervento, che hanno appassionato i dibattiti di questo Consesso per il passato. Da questo lavoro sono nate la legge n. 3, nel 1951, e le altre leggi seguenti. Nessuno può negare come la mole di opere pubbliche, messa in moto da enti locali, da altri enti o da associazioni, sotto la spinta delle provvidenze regionali, abbia servito in maniera determinante ad elevare il tono delle nostre popolazioni e l'ambiente umano, e non siano state la base di quei passi — purtroppo ancora modesti, anche noi ci rammarichiamo con voi — che la Regione ha fatto sulla via di un cambio di civiltà e precisamente di passaggio da un'economia preponderantemente agricola ad un'economia mista, dove i settori industriale e terziario arrivano a toccare quel ruolo che loro

spetta in una civiltà moderna. E nessuno può smentire anche che in tempi in cui ancora più forte era la piaga della disoccupazione, queste opere pubbliche non abbiano fornito l'occasione di lavoro a migliaia di edili o di contadini in trasformazione, ad aziende, artigiani locali o ad imprese grandi o modeste. L'opera pubblica si è rivelata pertanto anche di sostegno diretto e indiretto all'iniziativa privata: diretto perché ha fornito occasioni di impiego, indiretto perché ha creato le basi per migliori rilanci. E non sottolineo le implicazioni sociali che sono sempre connesse con l'esecuzione di opere pubbliche. Quindi le opere pubbliche, eseguite con gli stimoli, con gli incentivi delle leggi regionali, sono sempre state un investimento produttivo indiretto, quando non lo sono state anche direttamente. Non penso ancora che la gestione delle varie leggi sia immune da critiche di un qualche rilievo — ogni attività umana le comporta — però dobbiamo tener presente che lo amministratore regionale ha fatto attenzione ad essere il più possibile aderente a certe visioni organiche e unitarie dei problemi da risolvere, dando sempre la preferenza ad opere intese al soddisfacimento dei bisogni primari delle popolazioni, la cui esecuzione si dimostrava indifferibile; ed accanto a queste considerazioni oggettive è stato tenuto conto delle condizioni economiche degli enti richiedenti, delle capacità contributive delle popolazioni della zona, dell'importanza dell'opera, in relazione alle situazioni di depressione della zona stessa, della capacità dell'opera a favorire l'evoluzione sociale ed economica delle zone dove l'opera veniva eseguita. In armonia con questo impegno, che ha tenuto attento il Consiglio regionale fin dall'inizio del suo operare, vuoi nei banchi dell'opposizione con una critica per stimolare al meglio, vuoi nei banchi della maggioranza, tesa a fare azione amministrativa, attraverso le Giunte da essa espresse, la migliore possibile, nel 1963 è stata emanata la legge 17, sul cui rifinanziamento oggi si discute. Non sta a me sottolineare qui i risultati conseguiti con la mole di lavoro realizzati e penso che l'assessore regionale competente potrà dare all'Assemblea una sintesi dei risultati stessi, messi in moto dal meccanismo delle varie leggi sui lavori pubblici.

Nella mozione illustrata testé dal cons. Dalsass, si parla di esaurimento di fondi della legge 17. Io, per la verità, devo dire che in provincia di Trento, una accurata amministrazione ha fatto sì che ancora per il '67 e '68 ci siano dei modesti fondi a disposizione. È vero però che nel frattempo le domande, alla fine di quest'anno, tenendo conto solo di domande, arrivano a una richiesta di venti miliardi. Da ciò risulta come immensi ancora sono i bisogni delle nostre popolazioni, bisogni che crescono anche per il modificarsi dell'economia e con il crescere dello standard di vita. Bene ha detto Dalsass: il turismo di massa, che invade anche le valli che alcuni anni fa forse non erano aperte a questo fenomeno, crea nuove esigenze. La legge 9 della Provincia, la cosiddetta legge dei bagni, dei gabinetti, amplifica le necessità di acqua, le necessità quindi di acquedotti, le necessità di fognature. Lo spostamento di studenti per le scuole medie ingigantisce le necessità di case sociali, di convitti. L'espandersi della mutualità ingigantisce la necessità di ospedali, ricoveri, ecc. Ecco perché oggi, che la nostra comunità ha fatto un passo avanti, nasce la necessità di affrontare i problemi dei lavori pubblici, in misura ancora maggiormente oculata che in passato, proprio per evitare gli squilibri, o almeno attenuarli quegli squilibri che si presentano in misura ancora maggiore in una società investita da una crisi di trasformazione. Di qui la necessità di intervenire, in armonia

con gli impegni generali di un'amministrazione, che si muove all'insegna, che dovrebbe muoversi all'insegna di rigorosi e seri criteri di programmazione, tenendo conto delle indicazioni che gli avviati studi e provvedimenti, che verranno quanto prima, in materia di pianificazioni urbanistiche, stanno dando. Nasce da ciò la necessità di fare valutazioni in ordine alla priorità delle varie opere, e non tener conto, d'accordo, del semplice criterio della domanda, il quale è indicazione della carenza di una certa opera o indicazione di una certa necessità, che non dà una indicazione prioritaria. Nell'accordo di Giunta, fatto fra i partiti che la compongono, ci sono anche indicazioni precise in proposito. Noi della democrazia cristiana che l'abbiamo sottoscritto, siamo d'accordo ancor oggi e manteniamo fede a quanto responsabilmente abbiamo discusso. Anche noi pensiamo però che la legge 17 possa servire bene all'esecuzione di opere pubbliche; è stato uno strumento buono e il migliorarlo con altri provvedimenti legislativi, potrebbe farci perdere tempo prezioso.

Io penso, noi pensiamo che la Giunta regionale potrà fissare i criteri amministrativi della legge, e penso che alla luce degli impegni presi fra i partiti che operano in essa, possano darsi al Consiglio assicurazioni tranquillanti su una oculata gestione di questa legge. I bisogni crescono, ho detto prima, le alluvioni li hanno moltiplicati, per cui solo un rigoroso programma che guardi negli anni futuri, potrà consentirci di uscire da questa situazione. Di qui la necessità di una sempre maggior attenzione nell'uso dei pochi, purtroppo scarsi, mezzi a disposizione.

Ecco perché, colleghi della S.V.P., se siamo indiscutibilmente d'accordo sulla sostanza della vostra mozione, preferiremmo poterla votare emendata, nel senso di una modifica già preannunciata dal collega Vinante, e che dovrebbe, grosso modo, suonare in questo senso: « Il Consiglio regionale impegna la Giunta regionale a presentare, in occasione della discussione del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1967, proposte organiche, in ordine al settore dei lavori pubblici, le quali, in armonia con le finalità del programma quinquennale di sviluppo economico nazionale, in base a precise scelte prioritarie e tenendo conto dei danni causati dalle recenti alluvioni, prevedano il finanziamento e l'esecuzione di un programma pluriennale di opere pubbliche ».

PRESIDENTE: La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Una mozione come questa ed altre di questo genere, non possono non raccomandarsi, per il fatto stesso che rilevano dei bisogni in settori che sono, per dir così, inesauribili. Non c'è nessun dubbio che anche se l'intervento della Regione, dopo il 1948, ha rappresentato per la situazione dei servizi, delle comunicazioni, dei lavori pubblici, un elemento propulsivo che va obiettivamente riconosciuto, è altrettanto vero che, un po' per il processo di vetustà delle opere stesse, un po' per le sempre maggiori necessità, l'intervento finanziario in questo settore dei lavori pubblici non è e non sarà mai corrispondente alle necessità. Ciò premesso, se si dovesse fermarsi qui, non ci sarebbe che una conclusione da trarre e sarebbe quella di appoggiare con il voto, la mozione presentata dai colleghi della S.V.P. Tuttavia, poiché da parte di molti sono state sollevate delle riserve perlomeno o delle critiche all'amministrazione di questi fondi, va detto che anche il gruppo liberale non ritiene che l'amministrazione dei fondi delegati alle

Province, sia in tutto corrispondente a coprire, anche settorialmente e territorialmente, le necessità del paese. Noi in provincia di Trento, ma anche il mio collega in provincia di Bolzano, non abbiamo potuto non constatare che, nello stesso momento in cui si corrisponde a determinate esigenze e a determinati bisogni, altre esigenze, anche minime, anche minuscole, che potrebbero tuttavia incidere effettivamente nei confronti di piccole comunità, di piccoli agglomerati, vengono trascurate; vengono trascurate a volte attraverso una presentazione di difficoltà, che noi non riteniamo che siano assolutamente insuperabili. Qualche volta ci si palleggia la responsabilità, qualche volta si vede la Provincia intervenire anche in settori che non sono propri, e poi, quando si segnalano necessità, bisogni di rinnovo, di riassetto di strade e via dicendo, anche per piccoli casi, per minuscoli casi, ci si vede sballottare di qua e di là, dicendo sarebbe competenza del Comune; non sarebbe competenza del Comune, ma della frazione; qui la Giunta non può intervenire e via dicendo. Io credo che tutta la materia vada assolutamente rivista, vada rivista da capo. Perché se questo è danaro regionale che vien messo in circolo per il miglioramento dei servizi, attraverso la esecuzione di lavori pubblici, bisogna ad un dato momento superare eventuali difficoltà e far sì che questo danaro possa essere messo in tutti quanti i casi e in tutti quanti i settori che ne hanno bisogno. Il fatto che la delega abbia poi trasferito la potestà amministrativa alle Province — fatto dal quale non si torna più indubbiamente di ritorno — crea anche qui per la Regione stessa la difficoltà di una visione unitaria. Le due Province camminano, vedendo all'interno delle proprie prospettive che la Regione, ancora una volta, è nient'altro che un passacarte, un ponte di passaggio di fondi. Per cui noi del gruppo liberale saremmo favorevoli a questa mozione ove, attraverso anche dichiarazioni, se non vogliamo portare emendamenti al testo della mozione stessa, dichiarazioni impegnative da parte della Giunta regionale, si prendesse l'impegno di rivedere tutta quanta la materia e di cercare maggiori criteri di equità, anche distributiva, in modo che possano fruire ugualmente tutte quante le popolazioni.

PRESIDENTE: La parola al cons. Volgger.

VOLGGER (S.V.P.): Herr Präsident! Meine Herren Kollegen! Der Fraktion der Südtiroler Volkspartei geht es nicht so sehr um die Form, in welcher die Gesetze zur Förderung der öffentlichen Arbeiten finanziert werden; für uns ist die Form von sekundärer Bedeutung. Uns geht es darum, daß diese Gesetze überhaupt refinanziert werden. Der Kollege Dr. Dalsass hat anerkannt, daß die in Frage stehenden Gesetze sich sehr wohltuend ausgewirkt haben. Nun sind aber diese Gesetze wegen Mangels an Geldmitteln unwirksam geworden. Der Sinn unseres Antrages war der, daß das Gesetz refinanziert und zwar in möglichst großem Ausmaß refinanziert werde. Wie man die Gelder für die Refinanzierung beschaffen wird, ist für uns von sekundärer Bedeutung.

Wir sind auch für eine Programmierung, für die Aufstellung einer Rangordnung der öffentlichen Arbeiten. Bei der Erstellung einer solchen Rangordnung kann man allerdings nicht ganz allgemeine Richtlinien für die ganze Provinz aufstellen. Die Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung in den verschiedenen Ortschaften sind völlig verschieden. Man kann also nicht festlegen in der ganzen

Provinz hätten die Wasserleitungen den absoluten Vorrang. Es kann der Fall sein, daß in einem Dorf eine Straße dringendst notwendig ist. Es kann auch vorkommen, Herr Kollege Gouthier — und da sind Sie ja mit mir einverstanden —, daß einmal irgendwo eine Kirche äußerst notwendig ist. Wir haben aber — ich betone es noch einmalnichts dagegen, das eine Rangordnung aufgestellt werde. Wir wünschen nur, daß endlich auch Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Darauf kommt es uns an. In dem Abänderungsantrag heißt es, daß der Regionalausschuß verpflichtet werde, im Rahmen der Bilanzdebatte Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Wir werden also bei der Bilanzdebatte sehen, wie sich der abgeänderte Beschlußantrag konkret ausgewirkt hat. Wir werden dann auf das Thema wieder zu sprechen kommen. Ob Sie, Herr Assessor, die nötigen Geldmittel im Rahmen der neuen Bilanz zur Verfügung stellen oder sonst irgendwie ist für uns nicht von entscheidender Bedeutung. Wir wollen wirklich nur, daß die Gesetze refinanziert werden. Die Form ist für uns von sekundärer Bedeutung.

Wir müssen noch auf etwas aufmerksam machen: Man darf nicht nur daran denken, die vom Hochwasser beschädigten öffentlichen Einrichtungen wiederherzustellen, sondern wir möchten den Herrn Assessor ersuchen, nicht zu vergessen, daß auch neue Bauwerke geschaffen werden müssen. Auch unter dem Eindruck der Hochwasserkatastrophe dürfen wir nicht nur daran denken, das herzustellen, was zugrunde gegangen ist, sondern wir müssen uns auch der Notwendigkeiten bewußt bleiben, die vorhanden waren und noch sind, abgesehen von den durch das Wasser verursachten Zerstörungen.

Das ist alles, was ich im Namen der Fraktion und auch der Einbringer zu sagen habe. Der Sinn unseres Beschlußantrages bestand in dem Verlangen, daß die Region die Gesetze für die öffentlichen Arbeiten refinanziere. Wie sie das macht, ist für uns von sekundärer Bedeutung. Wir sind auch mit Rangordnungen einverstanden. Für uns bleibt ausschlaggebend, daß Geldmittel vorhanden sind, um die Arbeiten durchführen zu können.

(Signor Presidente! Illustri Colleghi! Agli esponenti della Südtiroler Volkspartei la forma con la quale si intendeva provvedere al rifinanziamento delle leggi relative allo sviluppo di opere pubbliche, interessa relativamente; importante per noi è che tali leggi vengano effettivamente rifinanziate. Il collega Dalsass ha riconosciuto il beneficio apportato dalle leggi in questione, divenute adesso però inefficaci per mancanza di fondi. La nostra mozione tende pertanto al rifinanziamento, possibilmente massiccio, della legge; il modo con il quale vi si ottempererà è per noi, ripeto, di secondaria importanza.

Nulla in contrario da parte nostra ad una preordinata proclamazione per stabilire la graduatoria di priorità per i lavori pubblici, che non potrebbe, tuttavia, essere approntata su di un'unica direttrice per tutta la Provincia, in quanto le esigenze dello sviluppo economico nelle varie località sono disparate. Infatti non si può determinare a priori che in tutta la Provincia siano gli acquedotti ad avere la precedenza sui lavori, in quanto può darsi il caso che un paese necessiti invece urgentemente di una strada, oppure — collega Gouthier — e su questo lei concorda con me — che da qualche parte, sorga, una volta o l'altra, l'impellente necessità di una chiesa. Comunque, ripeto, nulla in contrario da parte nostra ad una preordinata graduatoria; ben auguriamoci invece che vengano messi a disposizione i mezzi ne-

cessari. Questo è il punto. Nell'emendamento è detto che la Giunta venga impegnata a stanziare i fondi necessari da stabilirsi poi nel quadro del dibattito sul bilancio. Vedremo quindi a quale risultato di concretezza approderà la mozione. Ritorneremo poi sull'argomento. Creda Signor Assessore, dove lei intenda attingere i mezzi di cui abbisogniamo, se stanziandoli nel nuovo bilancio o in qualsiasi altro modo, è per noi fattore secondario; importante resta che si proceda veramente al rifinanziamento delle leggi. Non è la forma che per noi conta, ma la sostanza.

C'è ancora qualcosa su cui va richiamata l'attenzione: non ci si deve occupare soltanto del ripristino degli impianti pubblici danneggiati dall'alluvione, ma è necessario — e preghiamo il Signor Assessore di tenerlo presente — provvedere anche a nuove opere. Pur sotto l'impressione della catastrofe alluvionale non dobbiamo limitarci a rimettere in sesto il distrutto, bensì restare pienamente consapevoli anche delle necessità che sussistevano e sussistono tuttora, indipendentemente dalle devastazioni conseguenti all'alluvione.

Questo è quanto avevo da dire a nome del mio gruppo politico, nonché di coloro che hanno sottoscritto la mozione. Quella mozione il cui scopo determinante consiste nell'ottenere dalla Regione il rifinanziamento delle leggi relative alle opere pubbliche, ferma restando la secondaria importanza che per noi riveste la maniera con la quale si intende ottemperarvi. Siamo concordi, ripeto, anche sulla priorità. Ciò che per noi conta è che ci siano i mezzi per poter attuare i lavori.)

PRESIDENTE: La parola al cons. Carbonari.

CARBONARI (A.C.A.): In merito alla mozione presentata dagli egregi colleghi della S.V.P., sono favorevole alla mozione stessa, nel senso esposto dal collega Vinante e in rapporto alle maggiori necessità e alla maggiore urgenza dei lavori stessi.

PRESIDENTE: La parola al cons. Pruner.

PRUNER (P.P.T.T.): Solo per chiarire il nostro atteggiamento in merito a questo documento, a questa mozione. Se, nel tempo in cui fu presentata, aveva un determinato valore, giustificato senz'altro dalle circostanze e dalle situazioni in cui si trovavano gli enti locali nel merito delle opere pubbliche che richiedevano interventi, in merito a programmi di sviluppo dei necessari interventi nel settore della sistemazione dei lavori di ordine pubblico per i comuni, igienico-sanitari, di strade, di comunicazioni, ecc., certamente tale problema assume un valore sproporzionatamente maggiore se lo consideriamo alla luce di quelli che furono gli eventi e i fenomeni nella nostra terra, causati dalle alluvioni recenti. Io penso che quindi una programmazione precisa, quinquennale, decennale, un intervento finanziario da parte della Regione, come proposto e come formulato nell'emendamento al dispositivo della mozione n. 8 da parte della Giunta, trovi senz'altro una giustificazione e una ragione d'essere lodevole. Io non posso fare altro che associarmi nella richiesta di impegnare la Giunta regionale a presentare questo piano di sviluppo economico sulla base di scelte prioritarie, che tengano conto, in principal modo, di quelli che sono i bisogni dei comuni, in materia di opere pubbliche, sia prima delle alluvioni, sia causati dalle alluvioni stesse.

Per questo noi diamo il nostro assenso alla mozione, ed eventualmente, se l'emendamento venisse, come verrà senz'altro, mantenuto, anche all'emendamento proposto dalla Giunta.

PRESIDENTE: Chi prende ancora la parola? Tutti i gruppi hanno parlato? Allora sospendo la seduta un momento, fino a che si discute la formulazione dell'emendamento . . .

VOLGGER (S.V.P.): Non c'è la necessità di sospendere la seduta. Noi abbiamo detto che ci preme soltanto che ci siano messi a disposizione i fondi; la forma sotto la quale verranno messi a disposizione questi fondi, a noi poco importa. Torneremo in occasione della discussione di bilancio, sul tema. Poi vedremo come e quanti fondi son stati messi a disposizione.

GOUTHIER (P.C.I.): Signor Presidente, chiedo la parola sul regolamento.

PRESIDENTE: Ha già parlato il suo gruppo.

GOUTHIER (P.C.I.): Sì. Vorrei parlare sul regolamento.

PRESIDENTE: Va bene. Due parole.

GOUTHIER (P.C.I.): L'emendamento, ufficialmente, non è stato presentato da nessuno! Il dott. Bolognani ha detto che dovrebbe suonare, pressappoco, così. Ebbene, allora mettiamoci d'accordo. Io chiedo che . . .

PRESIDENTE: Allora sì, ha ragione.

GOUTHIER (P.C.I.): . . . che ci sia una stesura dell'emendamento e che questo emendamento venga distribuito a tutti i gruppi, perché non si può, così, avanzare per ipotesi . . .

PRESIDENTE: No, l'emendamento è fatto di tre righe, quindi si può leggere con calma . . .

GOUTHIER (P.C.I.): Comunque io rilevo che sino ad ora non è stato presentato un emendamento.

PRESIDENTE: Dunque, il testo dell'emendamento, firmato dai cons. Bolognani e Vinante, e accettato, a quanto è stato detto, dal gruppo proponente, dice questo: « Il Consiglio regionale impegna la Giunta regionale a presentare, in occasione della discussione del bilancio di previsione per l'esercizio 1967, proposte organiche in ordine al settore dei lavori publici, le quali, in armonia con le finalità del programma quinquennale di sviluppo economico nazionale, in base a scelte prioritarie e tenendo conto dei danni causati dalle recenti alluvioni, prevedono il finanziamento e l'esecuzione di un programma pluriennale di opere pubbliche ».

Loro han davanti il testo della mozione, quindi la differenza l'han potuta accertare. Ripeto ancora.

(Rilegge l'emendamento).

Nessuna osservazione? La parola alla Giunta.

PASQUALIN (assessore suppl. lavori pubblici e credito - D.C.): Signor Presidente, signori colleghi, le sollecitazioni che vengono fatte in ordine al problema dei lavori pubblici e provenienti dalle parti più varie, dalle Province, dai Comuni, dai privati, significano che questo problema, come altre volte in questo Consiglio regionale è stato possibile ascoltare, rappresenta uno dei problemi essenziali della nostra Regione. Infatti, fin dall'inizio della sua costituzione, la Regione ha tenuto in particolare considerazione il settore dei lavori pubblici, se si pensa che la legge 3, in 14 anni di attività, ha erogato per tutta la Regione oltre 15 miliardi di contributi, 8 dei quali in provincia di Trento e 7 e 800 in provincia di Bolzano. Per quanto riguarda quello che mi era stato richiesto, e cioè di fare una sintesi della operatività della legge n. 17, possiamo dire che da parte della Regione, nel quinquennio '63-68, sono stati concessi contributi per 2 miliardi 724 milioni, portando un totale di opere a 17 miliardi 767 milioni, nei vari settori delle opere stradali e dell'edilizia scolastica, delle opere idrauliche e igienico-sanitarie, degli edifici per servizi pubblici, degli edifici di culto, che rappresentano appena il 10% dell'importo, degli edifici per l'assistenza e la beneficenza e per gli impianti elettrici. Da parte delle Province, specialmente, è stata denunciata, attualmente, una serie di domande, tuttora giacenti, di circa 31 miliardi di lire. Tutti i settori si sono trovati però d'accordo, che non è sufficiente la presentazione della domanda, ma che è invece indispensabile dover fare una graduatoria di priorità, una programmazione dei lavori più urgenti, tenendo anche in considerazione quelle che sono le leggi dello Stato. È infatti di questi giorni, che la cassa del centro-nord ha stanziato un notevole importo per le opere stradali e per gli acquedotti, relativi al 1966. Durante il prossimo anno e per gli anni successivi, per i cinque anni successivi, sono a disposizione altri 200 miliardi di lire, che dovranno venire distribuiti. Dobbiamo effettivamente tener presente, anche in un piano di carattere generale, che parte, non tutti evidentemente, ma parte dei problemi dei nostri lavori pubblici, dovranno venire finanziati su delle leggi nazionali. Si sta discutendo infatti, come è noto, una legge sull'edilizia scolastica, per quanto riguarda gli edifici di nuova costruzione; per gli acquedotti e le strade, abbiam detto che dovranno essere inseriti, almeno parte, nella cassa del centro-nord, della legge 614; per il piano degli ospedali la legge statale è stata rifinanziata; per cui, da parte della Regione e con l'aiuto evidentemente delle Province, si dovrà assumersi l'onere per intervenire nei casi più urgenti e nei casi nei quali vale effettivamente la pena. D'altronde la Regione ha dato dimostrazioni di sensibilità, quando ci sono state le alluvioni del '65, intervenendo prontamente anche nella contrazione di un mutuo, che, come è noto, era di 500 milioni e attualmente si stanno distribuendo i contributi per il ripristino delle opere.

Il problema, come è stato esposto dal capogruppo della D.C. e dal cons. Vinante, verrà ripresentato e si ripresenterà sostanzialmente in sede di bilancio. Per questo motivo la Giunta regionale è d'accordo nell'accettazione dell'emendamento, augurandosi che non manchi mai la collaborazione da parte di tutti i settori, per quanto riguarda la risoluzione di questo problema.

PRESIDENTE: Allora la Giunta ha preso posizione? Possiamo mettere in votazione?

Pongo in votazione la mozione emendata e accettata dai proponenti: è approvata all'unanimità.

Dunque, come orario di lavori, proponevo questo: alle ore 12 si riunisce la Commissione legislativa al bilancio per esaminare la III variazione di bilancio. Perciò pensavo di sospendere la seduta alle ore 12. Nel frattempo facciamo alcune interrogazioni e interpellanze. Va bene?

Riprendiamo quindi la trattazione delle **Interrogazioni e interpellanze.**

Interrogazione n. 124 del cons. on. Carbonari al Presidente della Giunta:

Il sottoscritto Consigliere on. Luigi Carbonari interroga il signor Presidente della Giunta regionale per sapere se gli sia noto che i tratti più nevralgici sulla strada statale della Valsugana sono costituiti dal ponte sul Maso, di troppo ridotta larghezza, e dal passaggio presso la torre di Marter nell'abitato omonimo; in entrambi questi passaggi gli incidenti fra automezzi con conseguenze più o meno gravi sono frequentissimi.

Il sottoscritto vorrebbe chiedere al signor Presidente della Giunta regionale se non creda necessario intervenire presso il Governo nazionale affinché i due tratti stradali suddetti siano sistemati d'urgenza, con precedenza in confronto di spese per altre sistemazioni stradali in Valsugana.

Vuole illustrarla? La parola al cons. Carbonari.

CARBONARI (A.C.A.): Credo che la strada statale della Valsugana sia stata percorsa da molti dei nostri colleghi. È evidente che il passaggio attraverso Marter presso la vecchia torre ivi esistente, costituisce un pericolo davanti al quale gli incidenti, gli scontri, i sorpassi, molte volte cagionano dei feriti e qualche volta anche dei morti. Tutti i mesi, e si può dire quasi tutte le settimane, qualche incidente succede, tanto nel passaggio presso la vecchia torre di Marter come attraverso il ponte troppo ristretto che è stato gettato sul Maso. Ora questi passaggi così ristretti, in una località che è così frequentemente percorsa da un numero straordinario di macchine di ogni tipo, macchine pesanti, macchine meno pesanti e vetture di ogni tipo, che provocano tutti i mesi, si può dire quasi tutte le settimane, qualche incidente luttuoso, sono assolutamente da sistemarsi quanto più presto possibile; questo per impedire una moltitudine di disgrazie.

Io parlo di un problema che è conosciuto già nella maggior parte dei nostri colleghi, e credo che sia urgente eliminare innanzitutto il pericolo per le persone, il pericolo di ferimenti, il pericolo di rovina di macchine di ogni specie in quei due posti così importanti su di una strada così frequentata. Non mi occorre dare altre spiegazioni. Io mi sono informato presso gli abitanti di Marter e presso gli abitanti di Castelnuovo e di Strigno e dei paesi limitrofi, dei paesi più vicini, di Roncegno e nella zona di Borgo, riguardo agli incidenti che avvengono su quei due passaggi così pericolosi. Gli incidenti sono troppo frequenti, quindi credo che sia conveniente che intervenga il Presidente della Giunta, o chi per esso, affinché il Governo voglia por mano a rimediare a quella situazione che non credo sia poi così dispendiosa. Questo perché si deve eliminare un imminente pericolo pubblico.

PRESIDENTE: La parola all'assessore Pasqualin.

PASQUALIN (assessore suppl. lavori pubblici e credito - D.C.): Rispondo al cons. Carbonari che questi due punti sono i più nevralgici della zona, e purtroppo creano un grave disturbo alla circolazione, non solo, ma provocano anche incidenti, alcuni dei quali sono di carattere mortale. L'Anas, dalla quale questa strada dipende, aveva preparato una rettifica della strada, e anche un piano di finanziamento. La progettazione era già stata attuata ed era stato inviato il piano di finanziamento alla sede centrale per l'autorizzazione dei lavori. Purtroppo la sede centrale dell'Anas non ha ancora dato l'autorizzazione al finanziamento dell'opera e pertanto attualmente si è in attesa di questo importo. Il problema è urgente, e l'Anas dichiara che verrà sicuramente affrontato, anche se non immediatamente per mancanza di fondi, ma verrà sicuramente affrontato prima, ad esempio, di risolvere il problema della superstrada della Valsugana, cioè in un tempo relativamente lungo, ma anche di sicurezza per quanto riguarda il tempo. Cioè il primo problema che verrà affrontato in quella zona, sarà la rettifica di questa strada. Non ci sono però i tempi di inizio dei lavori, mancando attualmente ancora il finanziamento.

PRESIDENTE: La parola al cons. Carbonari per la replica.

CARBONARI (A.C.A.): Ringrazio, in quanto l'assessore dice che è un problema di urgente necessità, che va eliminato con urgenza, che è il problema più importante per la Valsugana, più importante ancora della superstrada, ma sarò soddisfatto soltanto quando vedrò iniziati i lavori, perché non bisogna mica portarli alle calende greche questi lavori. Perché la vita delle persone che sono in pericolo vale di più che i quattrini.

PRESIDENTE: La interrogazione del cons. Pruner sulla difettosa ricezione televisiva in Vallarsa, non può essere trattata perché l'assessore competente è trattenuto fuori per una questione familiare. Passiamo ora all'interrogazione n. 127 dei cons. Posch, Bernhart e Spoegler e all'interpellanza n. 128 del consigliere Gouthier all'assessore all'industria, che tratteremo assieme.

Interrogazione n. 127:

I sottoscritti Consiglieri regionali premettono che alla Lasa-Marmi di Lasa (Val Venosta) gli stipendi ai 120 operai che vi sono occupati vengono corrisposti da anni con grande ritardo ed irregolarità;

che negli ultimi mesi i salari arretrati non liquidati si sono accumulati in misura insostenibile che ha messo in serio disagio economico le famiglie operaie colpite;

che a causa di ciò gli operai si sono visti costretti a dichiarare lo sciopero ad oltranza, dato che in base alle esperienze fatte non erano più intenzionati a dar credito alle promesse del titolare della ditta;

che lo stesso titolare della ditta ha minacciato i sindacati di Lasa e Silandro di chiudere l'industria.

I sottoscritti Consiglieri regionali rivolgono quindi all'Assessore competente la seguente interrogazione urgente per sapere:

1) *a quali condizioni sia stato a suo tempo concesso alla Lasa-Marmi il credito di 200 milioni da parte dell'Istituto di Medio-Credito;*

2) *se sia esatto che la concessione da parte del Medio-Credito di un mutuo di 50 milioni garantito dalla Regione è stata fatta alla condizione che la somma venisse usata esclusivamente per la liquidazione dei salari arretrati e che la ditta dovesse garantire fino al dicembre 1967 un quadro di effettivi di 130 unità;*

3) *se la Lasa-Marmi si sia attenuta agli accordi sopraccitati;*

4) *in qual modo l'Amministrazione regionale intende difendere, in caso di istanza di fallimento, i suoi interessi per quanto riguarda il mutuo concesso a quelli degli operai per quanto si riferisce alla conservazione dei posti di lavoro;*

5) *se sia esatto che l'Assessore competente, nel corso di un colloquio con portavoce non autorizzati a tale scopo dai lavoratori, abbia dichiarato il 1° settembre a.c. di volersi adoperare in favore degli interessi degli operai soltanto a sciopero concluso.*

Gli interroganti chiedono che alla presente interrogazione sia data la precedenza *nella prossima seduta del Consiglio regionale.*

Interpellanza n. 128:

Il sottoscritto Consigliere regionale avv. Anselmo Gouthier,

premesso che la situazione dell'azienda Lasa-Marmi e nello stesso paese di Lasa è estremamente tesa e grave per le continue inadempienze del titolare dell'azienda medesima nel corrispondere, da mesi ormai, la retribuzione ai propri dipendenti, tanto da rendere agli operai e alle loro famiglie materialmente impossibile la vita;

premesso che tale situazione è resa ancor più tesa e ancor più grave, sul piano generale, per le intemperanze verbali che — secondo le unanimi, pubbliche, testimonianze degli operai, che sono in massima parte di lingua tedesca — vengono dal titolare dell'azienda rivolte nei loro confronti, e verso componenti delle loro famiglie, intemperanze che, oltre ad offendere la comune dignità personale, feriscono altresì profondamente i lavoratori in quanto appartenenti ad una minoranza linguistica e nazionale;

tutto ciò premesso il sottoscritto

c h i e d e

di interpellare il Signor Assessore all'industria per conoscere quali passi intenda compiere per assicurare la regolare corresponsione della retribuzione ai dipendenti dell'azienda e la normalizzazione della vita nella medesima.

PRESIDENTE: La parola al cons. Posch.

POSCH (S.V.P.): Geehrter Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Es ist schade, daß dieses Problem, über dass wir vor mehr als drei Monaten eine Anfrage an den Regionalausschuß gerichtet haben, erst mit so großer Verspätung behandelt werden kann. Verschiedene Gründe waren dafür die Ursache, unter anderem auch die Südtiroldebatte und dann jetzt zuletzt die Überschwemmungskatastrophe. Man hat da auch sehr viel das Wort « Tragödie » gebraucht, und ich möchte sagen, daß sich in Laas oben seit mehreren Jahren auch eine Tragödie abspielt, die man nicht so ohne weiteres übersehen sollte. Die Laaser Marmorwerke und alles was damit zusammenhängt stellen ein komplexes Problem dar, das schon sehr viel Staub aufgewirbelt hat in den vergangenen Jahren, ein Problem wirtschaftlicher, vermögenspolitischer, politischer, besitzrechtli-

cher, sozialer Natur, und auch ein Problem gewerkschaftlicher Natur. Die Zeit ist knapp, aber ich möchte den zuständigen Herrn Assessor doch bitten, soviel Geduld aufzubringen — und auch die Herren Kollegen —, um eine kurze Rückschau zu akzeptieren gerade über das, was sich in der letzten Zeit, also im Juli und im August in Laas abgespielt hat. Ich werde mir daher gestatten, die letzten Vorfälle in chronologischer Reihenfolge aufzuzählen.

Am 31. Juli d.J. wurde über Initiative des Autonomen Südtiroler Gewerkschftsbundes, der einen Großteil der Arbeiterschaft in Laas vertritt, eine Arbeiterversammlung in Laas einberufen. Auch die Mitglieder der anderen Gewerkschaften waren dazu eingeladen, vor allem jene des SGB-CISL, sind aber zu dieser Versammlung nicht gekommen. Damals bestand ein Lohnrückstand von drei Monaten, und zwar Mai, Juni und Juli. Damals wurde zum ersten Mal die Möglichkeit eines Streikes seitens der Arbeiterschaft erwogen. Vierzehn Tage später, am 14. August, fand neuerdings eine Arbeiterversammlung in Laas statt. Da war ein Lohnrückstand von zwei Monaten: Juni und Juli, weil inzwischen der Monat Mai bezahlt worden war. Die Gewerkschaft, die diese Versammlung leitete — der ASGB —, hat an die Leitung der Firma die Aufforderung gerichtet — und die Arbeiter haben sich dieser Aufforderung vollzählig angeschlossen —, die rückständigen Löhne bis zum 18. August zu bezahlen. Am 18. August hätte der Inhaber der Laaser Marmorwerke, d.h. der Betriebsführer, eine Abordnung des Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbundes empfangen sollen, hat aber erklärt, daß er dazu nicht bereit sei. Am selben Tag beschloß die Arbeiterversammlung, in einen 48stündigen Streik einzutreten. Dieser Streik dauerte also zwei Tage. Und dieser Streik wurde von der Gewerkschaft der CGIL ebenfalls mitunterstützt. An diesem Streik beteiligten sich 80 bis 90% der Arbeiter, obwohl die andere Gewerkschaft — SGB - CISL — einen Aufruf zur Nichtbeteiligung am Streik erlassen hatte. Am 21. August fand neuerdings eine Arbeiterversammlung in Laas statt, in der der Betriebsinhaber nochmals zur Zahlung der rückständigen Löhne aufgefordert wurde, ansonsten die Arbeiter gezwungen wären, einen unbefristeten Streik auszurufen. Damals haben verschiedene Stellen beim Firmeninhaber vorgesprochen; unter anderem der Bürgermeister und auch der Seelsorger haben sich um eine Lösung dieser unhaltbaren Situation bemüht. Am 24. August wurde nun der unbefristete Streik ausgerufen und trat in Kraft. 90% der Arbeiter beteiligten sich daran, und zwar unter Führung der beiden Gewerkschaften ASGB und CGIL. Die dritte Gewerkschaft hat sich bei diesem Streik ausgeschlossen, ja zur Nichtbeteiligung am Streik weiterhin aufgerufen. Die Streikbeteiligung hielt unvermindert in den darauffolgenden Tagen an. Es zirkulierte das Gerücht, daß Arbeiter aus dem Süden kommen sollten, um die Arbeitsplätze der streikenden Arbeiter zu besetzen. In derselben Nacht, am 25. August, wurde ein Sabotageakt auf die Stromzufuhr verübt. Tags darauf, am 26. August, wurden Saisonarbeiter aus den Provinzen Udine und Treviso veranlaßt oder gezwungen durch die unhaltbare Situation der ausständigen Löhne, wieder von Laas wegzugehen. An diesem Tage, am 26. August, haben auch die letzten Streikbrecher eingesehen, daß ihre Resistenz nicht mehr angebracht war und sie haben sich aus Kameradschaftlichkeit der Aktion der anderen angeschlossen, so daß die Streikbeteiligung am 26. August 100%ig war. Am gleichen Tage war eine Arbeiterversammlung, in der eine Protestkundgebung der Bevölkerung in Laas

beschlossen wurde. Diese Protestkundgebung hat am 27. August stattgefunden, bei der 300 Arbeiter und Arbeiterfamilien, Angehörige der Arbeiter und die Dorfbewohner sich auf dem Dorfplatz versammelten, um gegen diese Zustände zu protestieren. Am Montag, den 29. August haben Vertreter des Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbundes und der CGIL und des SGB beim Vizeregierungskommissär vorgesprochen, haben ihm die Lage geklärt und geschildert und auf die Notwendigkeit der Bezahlung der Lohnrückstände hingewiesen. Der Regierungskommissär erklärte, daß es sich für die Sache interessieren und den Arbeitern zu ihrem Recht verhelfen wolle. Abends fand wieder eine Arbeiterversammlung statt, bei der die Arbeiter die Vorsprache beim Vizeregierungskommissär mit Befriedigung zur Kenntnis nahmen. Am 30. August weigerte sich der Betriebsinhaber, wie auch vorher schon, eine Delegation der Arbeiter zu empfangen. Die Streikbeteiligung hält hundertprozentig an. Am 31. August haben die Frauen der Streikenden eingegriffen und sind vor dem Fabriksgelände aufmarschiert; trotz der Polizeiposten, die dort aufgestellt waren, forderten sie ihr Recht. Der Inhaber ließ sich dadurch nicht beeindrucken. Die Frauen beschlossen damals, die Streikposten mit ihrer Anwesenheit zu verstärken. Der Streik hielt weiterhin total an. Ein neuerlicher Sabotageakt nachts. Am 1. September fand eine Aussprache zwischen Bürgermeister Müller und Bürgermeister Plattner mit Sonzogno statt, der erklärte, daß er den Betrieb nun nicht mehr weiterführen wolle und die Schließung beabsichtige. Die Mitteilung der Bürgermeister an die versammelten Arbeiter hatte ein entsprechendes Echo. Die Arbeiterschaft ernannte eine eigene Delegation und entzog den SGB/CISL - Vertretern ihr Mandat; das war am 1. September 1966. Der Obmann des Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbundes hatte an diesem Tage Besprechungen mit Parlamentsabgeordneten deutscher und italienischer Zunge und ersuchte um Unterstützung. Am gleichen Tage hatte der Herr Assessor für Industrie, Dr. Albertini, mit den Vertretern des CISL - SGB, und zwar der Fachgewerkschaft Bergbau, eine Unterredung, die also von sich aus hier in Trient vorgesprochen haben, wobei der Herr Assessor, wie es im « Alto Adige » vom 4.9. heißt, seine Intervention zusicherte und versprach, er werde alles tun, um das Problem der Arbeiter im Laaser Marmorwerk an der Wurzel anzupacken; er könne dies aber erst nach Beendigung des Streikes tun. Es wurde auch hervorgehoben von der Gewerkschaft SGB - CISL, daß der Streik das am wenigsten geeignete Mittel sei, um die schwerwiegende Lage in Laas zu lösen. Am gleichen Tage haben die SVP - Abgeordneten eine Anfrage im Landtag von Bozen eingebracht, um zu erfahren, was der Landesausschuß von Bozen in dieser Situation in Zusammenarbeit mit den zuständigen regionalen Stellen zu tun gedenkt. Am 2. September hat die Talgemeinschaft Vinschgau sich mit der Angelegenheit der Laaser Marmorwerke befaßt. Es war bereits der zehnte Streiktag; kein einziger Arbeiter ging in den Betrieb. Am 3. September sind neuerdings die Frauen der Arbeiter vor dem Fabriksgelände aufgekreuzt. Am gleichen Tag abends beschloß die versamziehen, nachdem der SGB neuerdings zur Sabo-Vertretern im Betriebsrat das Mandat zu entziehen, nachdem der SGB neuredings zur Sabotierung des Streikes aufgerufen hatte. Am 5. September fand nachmittagsum 15 Uhr eine Besprechung zwischen den Bürgermeistern von Laas und Schlanders zusammen mit zwei Rechtsanwälten italienischer und deutscher Sprache, zwei Parlamentariern deutscher

und italienischer Herkunft, drei Landtagsabgeordneten und den Arbeitervertretern im Rathaus statt. Parlamentsabgeordneter Mitterdorfer telefonierte an dieser Stelle mit dem Vizeregierungskommissär und bat ihn dringend um seine Intervention. Es wurde vereinbart, auf Parlamentsebene Anfragen einzubringen, sowohl von seiten der SVP als auch von seiten des kommunistischen Parlamentsabgeordneten. Um 17 Uhr des gleichen Tages, 5.9., fand eine Arbeiterversammlung statt, zu der alle Behörden und politischen Vertreter, Regionalassessoren, die also eingeladen waren, gekommen waren. Es wurden verschiedene Anfragen gerichtet und es wurde im Verlaufe der Diskussion klar, daß diese Situation nunmehr einen Zustand der Unhaltbarkeit erreicht hatte. Es wurde von der Arbeiterschaft einhellig der Beschluß gefast, den Konkursantrag über die Firma zu stellen. An diesem Tage richteten unsere Regionalräte die jetzt in Behandlung stehende Anfrage an den Regionalausschuß, die wir bereits vorhin gehört haben. Am 7. September wurde bei den Arbeitern seitens der Gewerkschaft eine Aufnahme der Guthaben aufgenommen. Am 8. September hat CISL - SGB neuerdings zum Streikbrechen aufgerufen. Am 9. September hatte der Vizeregierungskommissär eine Besprechung mit den Bankdirektoren, um einen Kredit für den Betrieb zu bekommen. Am 10. September kursierte bereits das Gerücht, Sonzogno habe einen Kredit bekommen. Am gleichen Tag wurde auch vom Abgeordneten Gouthier eine Anfrage an die Region gestellt. Inzwischen ging die Feststellung der Guthabenforderung bei den Arbeitern weiter. Am Montag, den 12. September hatte Sonzogno auf Grund eines ihm über Vermittlung des Vizeregierungskommissär zugesicherten Kredites eines hiesigen Bankinstitutes den größten Teil des Lohnrückstandes ausbezahlt. Die abendliche Versammlung beschloß daraufhin, den Streik zu beenden. Das war am 12. September. Am 13. September wurde der Rest der Löhne ausbezahlt, jedoch nicht die rückständigen Abfertigungen, die bis heute noch nicht ausbezahlt worden sind. Am Dienstag, den 13. September — also am gleichen Tage — hielt der Vizeregierungskommissär eine Pressekonferenz vor den Vertretern der Gewerkschaften und informierte sie über die getroffene Lösung. Am Mittwoch, den 14. September wurde dann endlich die Arbeit von allen wieder aufgenommen, nach insgesamt 18 Streiktagen. Es muß hier gesagt werden, daß die Solidarität und die Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft von Laas wirklich mustergültig war. Ich frage mich nur: Waren die 18 Streiktage in Laas wirklich nutzlos, wie das gerade von der Gewerkschaft des SGB - CISL immer wieder hervorgehoben worden ist? Was wäre geschehen, wenn der Streik nicht stattgefunden hätte? Was wäre geschehen, wenn die Arbeiter nicht di Geduld und das Wagnis auch des Lohnentzugs auf sich genommen hätten? Aber für diese Ausdauer wurde die Gewerkschaft, die sich gerade um diese Notwendigkeit im Interesse der Arbeiterschaft gekümmert hat — der ASGB und damit auch die CGIL, die sich dieser Initiative angeschlossen hatte —, als Gewerkschaftsdilettanten abgetan. Auch die Einleitung des Konkursverfahrens war meiner Ansicht nach notwendig, um die öffentlichen Stellen zu einem solchen Eingreifen, wie es dann erfolgt ist, zu bewegen. Ich glaube, man muß an dieser Stelle in aller Öffentlichkeit dem Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbund für diese kluge gewerkschaftspolitische Aktion, die in Laas gestartet worden ist und die zu einem vollen Erfolg geführt hat, nämlich zur vollen Auszahlung des rückständigen Lohnes, Dank aussprechen. Man muß aber auch gleich-

zeitig dem Herrn Vizeregierungskommissär, der sich hier eingesetzt hat, Anerkennung und Dank aussprechen. Es wäre nicht zu dieser Lösung gekommen, wenn nicht dieser Streik vorausgegangen wäre.

Es fragt sich nur: Wie lange wird nun dieser Burgfrieden dauern? Denn eine definitive Lösung kann das ja nicht sein, daß man Schulden macht, um den Arbeitern rückständige Löhne zu zahlen. Hier ist mehr faul; das ist nur eine Überbrückung. Und der Herr Assessor Albertini sagte damals den Vertretern der CISL, er wollte die Sache an den Wurzeln anpacken. Wir würden es sehr begrüßen, Herr Assessor, wenn Sie die Sache hier wirklich an den Wurzeln anpacken würden. Und Sie haben dazu sicher schon in der nächsten Zeit Gelegenheit, denn — wir haben es damals schon vorausgesehen und nun ist es auch eingetroffen —, nämlich eine weitere Drohung schwelt über den Arbeitern von Laas.

Bevor ich aber dazu komme, möchte ich ganz kurz einmal die Frage stellen: Welches ist eigentlich, Herr Assessor, das Verhältnis des Ente Nazionale per le Tre Venezie zum derzeitigen Betriebsinhaber? Ich habe die Konzessionsurkunde aus dem Jahre 1956, vom 5. Juli, der Gemeinde Schlanders und der Interessentschaft der Bergbrüche bei Schlanders mit dem Ente Nazionale vorliegen. Und hier heißt es unter Art. 7: « La durata della presente convenzione viene fissata dal 1° gennaio 1956 al 31 dicembre dell'anno 2000 ». Weiters müssen wir uns die Frage stellen: Ist Sonzogno nun wirklich mehrheitlicher oder Vollbesitzer geworden, oder ist er es nicht? Auf Grund des Art. 14 der Konzessionsurkunde heißt es, daß eine Vertragsauflösung dann erfolgt, wenn innerhalb von drei Jahren weniger als 900 Kubikmeter Marmorblöcke produziert werden. Und im Art. 8 der Urkunde heißt es, daß die besitzrechtliche Mehrheit beim Ente bleiben muß, auch wenn der Betrieb einer anderen Gesellschaft oder einem anderen Betribsführer übergeben wird. Der Artikel lautet auf italienisch: « Il concessionario potrà esercitare la presente concessione sia in proprio sia tramite l'attuale società Lasa Marmi con sede in Lasa, sia per mezzo di altra società, la cui maggioranza di capitale però appartenga all'attuale concessionario. Comunque la coltivazione delle cave dovrà essere condotta in modo da non danneggiare il giacimento ». Also damit müssen wir uns die Frage stellen: Wer ist nun eigentlich Besitzer? Ist das Ente oder ist Herr Sonzogno der mehrheitliche Besitzer? Wenn Sonzogno der mehrheitliche Besitzer ist, dann liegt meiner Ansicht nach seintens des Ente ein Vertragsbruch vor, denn das Ente hätte in allen Fällen die mehrheitlichen Aktien behalten müssen. Wenn es aber mehrheitlich die Aktien besitzt, dann müßte sich das Ente selbst hier einschalten und nicht einen Mann schalten und walten lassen, der die Laaser Marmorwerke zur heutigen unhaltbaren Situation geführt hat. Ich bitte also zu klären, wie hier die Rechtsverhältnisse liegen.

Nun, habe ich schon angedeutet, stehen wir wieder vor einer neuen Situation. Am 28. November hat der Betrieb Lasa Marmo dem Industriellenverband seine Absicht mitgeteilt, und zwar unter Protokoll 8382 — die Dokumentation liegt vor —, daß er die Absicht habe, 35 Arbeiter zu entlassen. Am 29. November, also am Tag nachher, hat der Autonome Südtiroler Gewerkschaftsbund beim Industriellenverband unter Protokoll Nr. 1488 dagegen opponiert und eine Zusammenkunft zur Überprüfung dieser Angelegenheit verlangt. Am 2. Dezember hat der Industriellenverband mit Protokollnummer 8646 für alle Gewerk-

schaften eine Zusammenkunft für den 9. Dezember um 15 Uhr einberufen. Am 3. Dezember hat jedoch die CISL dem Industriellenverband und allen Gewerkschaften mitgeteilt, daß sie nicht gewillt sei, mit dem Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbund zusammen zu verhandeln. Am 5. Dezember hat der ASGB beim Industriellenverband gegen diesen Brief protestiert. Am gleichen Tag hat der Industriellenverband dem ASGB mitgeteilt, daß die vorgesehene Zusammenkunft mit dem ASGB erst um 17 Uhr stattfindet, während die anderen Gewerkschaften um 15 Uhr empfangen werden. Allein darin sieht man, auf welch diskriminierende Art und Weise hier seitens der Wirtschaftsverbände vorgegangen wird. Am 9. Dezember um 15 Uhr fand nun die Zusammenkunft beim Industriellenverband statt, und zwar der Gewerkschaften CISL, CGIL und UIL. Resultat: Verhandlung auf 15. Dezember verschoben. Um 17 Uhr fand dann, wie vorgesehen, eine Zusammenkunft des ASGB und der CGIL beim Industriellenverband statt. Resultat: Die Lasa Marmo besteht auf der Entlassung von 35 Arbeitern, ohne Rücksicht auf die eingegangene Verplichtung gegenüber der Region, auf jeden Fall den Stand von 130 Arbeitern zu halten und ohne Rücksicht auf die Möglichkeit der Arbeitsreduzierung mit Lohnausgleichkasse.

Ich möchte nun nur noch die Frage stellen — und bin damit bereits am Schluß. Diese Entlassungsabsicht steht in völligem Widerspruch zu dem, was in den Laaser Marmorwerken derzeit passiert: nämlich es werden seit Wochen Lehrlinge aufgenommen; es werden täglich Überstunden gemacht von den Arbeitern und es werden auch andere Arbeiter aufgenommen und in die Brüche hinaufgeschickt. Das sind Tatsachen. Und trotz dieser Tatsachen, das Arbeiter gesucht und aufgenommen werden, wagt es dieser Mann da oben, 35 Arbeiter zu entlassen. Ich kann hier wirklich nichts anderes mehr darin sehen, als einen Racheakt, als eine Revanche gegenüber den Arbeitern, die sich und zwar mit Recht, am Streik beteiligt haben. Es fehlt in Laas seitens des Inhabers nicht an Drohungen gegen Mitglieder des Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbundes, der gesagt hat: « Wir werden es den Leuten schon zeigen, die am Streik teilgenommen haben »; der auch dazu übergegangen ist, nur den Mitgliedern der Autonomen Südtiroler Gewerkschaft einen Abzug bei der letzten Lohntüte von 240 Lire pro Kopf zu machen für angeblich eingeschlagene Fensterscheiben während des Streikes; das hat er nur diesen Leuten abgezogen und nicht den anderen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist hier Zeit, im Interesse wirklich einer sozialen Gerechtigkeit endlich einmal klaren Tisch zu schaffen. Es ist Zeit, daß mit diesem Kampf unter den Gewerkschaften Schluß gemacht wird. Es ist Zeit, daß nicht eine Gewerkschaft den Monopolanspruch erhebt, allein die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, wenn nachgewiesen werden kann, daß sie die Interessen geschädigt hat; nach dieser Gewerkschaft wären heute die rückständigen Löhne noch nicht ausgezahlt. Ich wünsche mir, daß es Mittel und Wege gibt — und die Region hat dazu die Verpflichtung —, die Gewerkschaften zusammenzurufen, um zu versuchen, hier auf eine Linie zu kommen. Es fehlt nicht am guten Willen seitens einiger Gewerkschaften; er fehlt aber bei anderen Gewerkschaften, die glauben, das Monopol der Interessenvertretung der Arbeiter auf die nächsten zehn Jahre hinaus gepachtet zu haben. Ich richte am Schluß nur noch den Appel an die Gewerkschaften: Meine Herren, haben Sie Respekt voreinander! Arbei-

ten Sie miteinander, denn es geht nicht um das Prestige der einen oder der anderen Gewerkschaft, sondern es geht um das Interesse und um die Existenz der Arbeiter in Laas! Um dieses Interesse geht es und hinter diesem Interesse muß man Gewerkschaftsinteressen, Prestigeinteressen zurückstellen.

(Egregio Signor Presidente! Colleghe e Colleghi! È un vero peccato che in questo problema, per il quale oltre tre mesi fa abbiamo presentato una interrogazione alla Giunta Regionale, si possa discutere con tanto ritardo. Diverse sono state le cause del ritardo, fra queste, non ultime, il dibattito sull'Alto Adige, e quella recentissima dell'alluvione. Si è fatto, in proposito, molto uso della parola « tragedia » vocabolo questo che io metterei in connessione anche con quanto si sta verificando da anni a Lasa, una questione cioè tutt'altro che da trascurare. L'Azienda Lasa Marmo, e tutto quanto ad essa inerente, rappresentano un problema assai complesso, che negli anni scorsi ha sollevato parecchia polvere; un problema di natura economica, politico patrimoniale, politica, sociale, sindacale, nonché una questione di diritto di proprietà. So che il tempo a disposizione è limitato, tuttavia faccio appello alla pazienza del Signor Assessore e dei Colleghi, onde mi consentano una breve esposizione retrospettiva e cronologica, proprio relativa agli ultimi avvenimenti, vale a dire a quanto verificatosi a Lasa in luglio ed agosto.

Il 31 luglio del corrente anno, su iniziativa del Sindacato Autonomo Sudtirolese, che rappresenta la maggioranza della classe operaia di Lasa, venne indetta una riunione delle maestranze alla quale furono invitati anche i membri delle altre associazioni sindacali, primi fra i quali quelli della SGB - CISL, che peraltro disertarono la riunione. A quel tempo il pagamento dei salari era in arretrato di tre mesi e cioè maggio, giugno e luglio, e per la prima volta venne ventilata la possibilità di uno sciopero. Quattordici giorni appresso, cioè il 14 agosto, ebbe luogo a Lasa un'altra riunione sindacale; questa volta la mancata retribuzione dei salari era scesa a due mesi in quanto, nel frattempo, il maggio era stato pagato. Il Sindacato che presiedeva questa riunione — lo ASGB — appoggiato incondizionatamente dalle maestranze al completo, indirizzò un perentorio invito ai dirigenti aziendali a pagare i salari arretrati entro il 18 agosto. In tale data una delegazione del Sindacato Autonomo Sudtirolese si sarebbe dovuta recare dal titolare — vale a dire gerente della Lasa Marmi — il quale, peraltro, precisò di non essere disposto a quell'incontro. Lo stesso giorno si decise, nel corso della riunione sindacale, di entrare in sciopero per 48 ore, decisione che venne messa in atto. Due giorni durò dunque quello sciopero, cui aderì anche il Sindacato della CGIL, e che vide partecipi dall'80 al 90% delle maestranze malgrado un appello alla non partecipazione, da parte dell'altro Sindacato SGB - CISL. Il 21 agosto venne indetta a Lasa un'altra riunione sindacale, nel corso della quale il titolare, pena la proclamazione di uno sciopero ad oltranza, fu invitato a pagare alle maestranze i salari arretrati. In quella occasione diverse autorità, fra le quali il Sindaco ed il Parroco, si misero in contatto con il titolare dell'azienda e si adoperarono per una soluzione di quell'insostenibile stato di cose. Il 24 agosto, venne proclamato uno sciopero ad oltranza sotto l'egida delle organizzazioni sindacali ASGB e CGIL, al quale aderì il 90% degli operai. Il terzo sindacato non fu concorde sulla proclamazione di detto sciopero e diramò un comunicato di non adesione. Tuttavia la astensione dal lavoro non subì varianti nei giorni successivi. Correva voce che sarebbero giunti operai dal Sud per rimpiazzare il vuoto lascia-

to dagli scioperanti. La notte del 25 agosto fu perpetrato un atto di sabotaggio agli elettrodotti. Il giorno successivo i lavoratori stagionali, artigiani delle Province di Udine e Treviso, si videro costretti a lasciare Lasa a causa della intollerabile situazione venutasi a creare per la mancata retribuzione salariale. Lo stesso giorno anche gli ultimi operai, i più riottosi fino a quel momento, resisi conto dell'inopportunità della loro astensione, si unirono ai compagni, cosicché il 26 agosto la percentuale degli scioperanti era salita al 100%. Lo stesso giorno, nel corso di una riunione sindacale, venne concordato di organizzare in loco una manifestazione di protesta, ed il 27 agosto trecento operai unitamente alle loro famiglie, ai parenti ed agli abitanti del paese, si assembrarono nella piazza di Lasa per tale dimostrazione. Lunedì 29 agosto i rappresentanti del Sindacato Autonomo Sudtirolese, della CGIL e dello SGB ebbero un colloquio con il Vice Commissario del Governo, nel corso del quale puntualizzarono la situazione, mettendo in rilievo la necessità del pagamento in arretrato, dei salari. Il Vice Commissario del Governo si interessò alla questione e promise il proprio appoggio nella vertenza. La sera stessa gli operai furono convocati e, con loro soddisfazione, resi edotti sui risultati del colloquio. Il 30 agosto, mentre lo sciopero continuava compatto, il titolare si rifiutò, come già altre volte, di ricevere una delegazione delle maestranze. Il 31 agosto subentrarono nella lotta anche le mogli degli scioperanti le quali, nonostante la presenza della forza pubblica, sfilarono dinanzi la sede dell'impresa reclamando i loro diritti. Il titolare non si lasciò intimorire e le donne, allora, decisero di rinforzare esse stesse i picchetti di sorveglianza. Lo sciopero intanto continuava e la notte del 31 agosto venne perpetrato un altro atto di sabotaggio. Il primo settembre si svolse una discussione a scopo chiarificatore fra il Sindaco Müller, il Sindaco Plattner ed il Signor Sonzogno, e quest'ultimo dichiarò che non essendo più disposto a dirigere l'azienda si proponeva di chiudere i battenti. Tale comunicazione, trasmessa agli operai dai Sindacati, ebbe una notevole ripercussione. Le maestranze al completo nominarono una propria delegazione, revocando allo SGB-CISL il loro mandato. Il Presidente dell'Unione Autonoma Sindacale Altoatesina ebbe nella stessa giornata un incontro con i Deputati al Parlamento, di lingua tedesca ed italiana, e chiese il loro appoggio. Ciò avvenne il primo settembre 1966. Lo stesso giorno l'Assessore all'Industria Dr. Albertini, ebbe a Trento un colloquio con i rappresentanti della CISL - SGB, cioè i rappresentanti di categoria dei minatori, i quali avevano pensato bene di rivolgersi all'Assessore; infatti il Dr. Albertini, come riportato il 4 settembre dal quotidiano « Alto Adige », assicurò il proprio intervento e promise che avrebbe fatto il possibile per risolvere il problema affrontandolo dalla radice; ma ciò, disse, si sarebbe potuto fare solo a sciopero ultimato. Il Sindacato SGB - CISL fece anche presente come gli scioperi fossero il sistema meno idoneo a risolvere la grave situazione. Sempre quel giorno gli esponenti della S.V.P. inoltrarono un'interrogazione al Consiglio Provinciale di Bolzano per sapere come intendesse procedere la Giunta Provinciale, in cooperazione con i competenti organi regionali, in merito a questa situazione. Il 2 settembre la comunità della Val Venosta si occupò della questione. Lo sciopero era in atto già da dieci giorni e non vi era un solo operaio che andasse al lavoro. Il 3 settembre le mogli delle maestranze si misero di nuovo in agitazione, inscenando una manifestazione di protesta davanti alla fabbrica. La sera di quello stesso giorno il gruppo al completo dei lavoratori decise di bel nuovo di revocare

il mandato ai rappresentanti della CISL in seno alla Commissione interna, dopoché lo SGB aveva proclamato il sabotaggio dello sciopero. Alle ore 15 del 5 settembre si ebbe in Comune un incontro fra i Sindaci di Lasa e Silandro accompagnati da due avvocati di lingua italiana e tedesca, due parlamentari di origine tedesca ed italiana, tre Consiglieri Provinciali ed i rappresentanti dei lavoratori. Il Deputato Mitterdorfer, dalla sede comunale, si mise in contatto telefonico con il Vice Commissario del Governo chiedendo urgentemente il suo intervento. Venne stabilito, sia dalla S.V.P. come pure dai deputati comunisti di portare la questione in Parlamento. Alle ore 17 dello stesso giorno abbe luogo un'assemblea dei lavoratori alla quale, aderendo all'invito, intervennero tutte le autorità e rappresentanze politiche, nonché Assessori Regionali. Furono avanzate diverse interrogazioni e nel corso della discussione emerse chiaramente come la situazione fosse ormai divenuta insostenibile. Le maestranze decisero, unanimi, di inoltrare istanza di dichiarazione di fallimento dell'impresa. In giornata stessa i nostri consiglieri regionali presentarono alla Giunta Regionale l'interrogazione in questione, sulla quale si è parlato poc'anzi. Il 7 settembre i Sindacati procedettero, con gli operai, al computo delle spettanze degli stessi. L'8 settembre la CISL - SGB invitò nuovamente al crumiraggio. Il 9 settembre il Vice Commissario del Governo ebbe un colloquio con i direttori di banca onde poter far ottenere un credito all'azienda. Il 10 settembre correva voce che a Sonzogno il credito fosse stato concesso. Lo stesso giorno il Deputato Gouthier presentò un'interrogazione alla Regione. Nel frattempo proseguivano gli accertamenti sugli arretrati salariali delle maestranze. Il lunedì 12 settembre, Sonzogno, forte del credito ottenuto, per intercessione del Vice Commissario del Governo, da un istituto bancario locale, pagò per la maggior parte i salari arretrati. Pertanto nel corso dell'assemblea sindacale fu stabilito di sospendere lo sciopero. Il 13 settembre vennero pagati i rimanenti salari ma non le liquidazioni arretrate, al cui pagamento non si è a tutt'oggi ancora provveduto. Il martedì 13 settembre, vale a dire in giornata stessa, il Vice Commissario del Governo indisse una conferenza stampa per i rappresentanti sindacali e li mise al corrente della conseguita soluzione. Mercoledì 14 settembre, dopo complessivi diciotto giorni di sciopero, venne finalmente ripreso il lavoro ed a proposito va detto che la solidarietà e la prontezza per affrontare la lotta delle maestranze di Lasa furono veramente esemplari. Ora mi chiedo soltanto: « I diciotto giorni di sciopero furono per Lasa veramente inutili, come fatto rilevare dal Sindacato del SGB - CISL? Cosa sarebbe accaduto se non si fosse ricorsi allo sciopero, e se gli operai non avessero avuto la pazienza di attendere, rischiando così le trattenute salariali? Ma per questa perseveranza il Sindacato ASGB che, nell'interesse delle maestranze, si era prodigato proprio per tali necessità, venne, unitamente alla CGIL che gli si era affiancata nella iniziativa, tacciato di dilettantismo sindacale. A mio avviso anche l'istruzione della procedura fallimentare fu necessaria al fine di ottenere, come in effetti si è verificato, l'intervento degli organi pubblici. Credo, pertanto, che si debba un particolare ringraziamento al Sindacato Autonomo Sudtirolese per questa sua intelligente azione politico-sindacale, intrapresa a Lasa con pieno successo, vale a dire ottenendo il completo pagamento dei salari arretrati. Contemporaneamente è d'uopo esternare la nostra gratitudine e riconoscenza al Signor Vice Commissario del Governo. Senza lo sciopero non si sarebbe conseguito questo risultato.

Ora c'è da chiedersi: Quanto durerà questa tregua? Contrarre debiti per poter pagare i salari arretrati, non può essere certo ritenuta una soluzione definitiva; qui c'è ancora del marcio da sanare, quell'attuale è stata solo una soluzione di transizione. E pensare che l'Assessore Albertini aveva detto a suo tempo, ai rappresentanti della CISL, di voler estirpare il male dalla radice. Noi Signor Assessore ne saremmo veramente felici. Non le mancherà, in un prossimo futuro, certamente l'occasione di farlo poiché quanto previsto si sta puntualmente verificando, — cioè una nuova minaccia incombe sugli operai di Lasa.

Prima di proseguire sull'argomento vorrei porre la domanda: Quali sono, Signor Assessore, i reali rapporti tra l'Ente Nazionale per le Tre Venezie e l'attuale titolare della Lasa Marmi? Ho qui davanti il documento, datato 5.7.1956, relativo alla concessione convenuta dal Comune di Silandro e dalla Società delle Cave presso Silandro, con l'Ente Nazionale per le Tre Venezie: sull'articolo 7 è riportato: «La durata della presente convenzione viene fissata dal 1 gennaio 1956 al 31 dicembre 2000 ». C'è un'altra domanda che ci si deve porre: Sonzogno è adesso veramente il maggior azionista o proprietario assoluto delle azioni, oppure nulla di tutto ciò? A norma dell'articolo 14, relativo alle pubbliche concessioni, si prevede lo scioglimento di un contratto, qualora entro un periodo di tre anni siano stati prodotti meno di 900 metri cubi di marmo, mentre l'articolo 8 dello stesso documento prevede che la maggioranza del capitale debba restare all'Ente concessionario, anche se l'impresa passerà ad altra società e ad altro dirigente. In italiano l'articolo suona così: « Il concessionario potrà esercitare la presente concessione sia in proprio sia tramite l'attuale società Lasa Marmi con sede in Lasa, sia per mezzo di altra società, la cui maggioranza di capitale però appartenga all'attuale concessionario. Comunque la coltivazione delle cave dovrà essere condotta in modo da non danneggiare il giacimento ». Da qui la domanda: Chi è allora in realtà il titolare? È l'Ente il maggior azionista o lo è il Signor Sonzogno? Nel caso lo fosse Sonzogno, si tratterebbe, a mio avviso, di violazione di contratto da parte dell'Ente, poiché esso avrebbe dovuto in ogni caso conservare la maggioranza delle azioni. Se però questa maggioranza la possedesse davvero, allora l'Ente dovrebbe esso stesso intervenire e non permettere ad un individuo, che ha trascinato la Lasa Marmi all'attuale insostenibile situazione, di fare l'alto ed il basso a proprio piacimento. Prego pertanto si chiarisca la questione sotto l'aspetto giuridico.

Ora, come ho già accennato, ci troviamo di fronte ad una nuova situazione: il 28 novembre l'impresa Lasa Marmi, con scritto protocollo 8382 — qui documentato — ha comunicato all'Associazione Industriali la propria intenzione di licenziare 35 operai. Il 29 novembre, vale a dire il giorno appresso, il Sindacato Autonomo Sudtirolese, a mezzo lettera protocollata 1488, ha fatto opposizione chiedendo un abboccamento per esaminare la questione. Il 2 dicembre l'Associazione Industriali con lettera protocollata 8646 ha indetto, per le ore 15 del 9 dicembre, un convegno di tutti i sindacati. Il 3 dicembre, tuttavia, la CISL ha comunicato all'Associazione Industriali ed a tutti i Sindacati, di non essere disposta a trattare con il Sindacato Autonomo Sudtirolese. Il 5 dicembre lo ASGB ha fatto all'Associazione Industriali una propria lettera di protesta contro quanto espresso dalla CISL, e lo stesso giorno l'Associazione Industriali ha risposto allo ASGB che l'ora del previsto convegno era stata spostata alle 17, mentre gli altri Sindacati sarebbero stati ricevuti, come fissato, alle 15.

Da qui si può rilevare il sistema discriminatorio in uso fra le varie associazioni economiche. Il 9 dicembre alle ore 15 ebbe luogo, presso la sede dell'Associazione Industriali il convegno fra la CISL, la CGIL, e l'UIL. Risultato: rinvio del dibattito al 15 dicembre. Alle ore 17, sempre nella sede dell'Associazione Industriali, il previsto incontro fra lo ASGB e la CGIL. Risultato: la Lasa Marmi resta ferma sulla decisione del licenziamento di 35 operai, senza alcun riguardo verso gli obblighi, contratti nei confronti della Regione, di mantenere invariato, in ogni caso, l'organico di 130 maestranze, e senza tenere in alcun conto la possibilità di una riduzione del lavoro mediante la cassa conguaglio.

Avrei ancora una considerazione da fare prima di concludere. Questi propositi di licenziamento sono in netto contrasto con quanto si sta attualmente verificando alla Lasa Marmi e cioè: da settimane si assumono apprendisti; ogni giorno vengono fatte fare agli operai ore straordinarie e si procede, inoltre, all'assunzione di altra mano d'opera che viene poi inviata alle cave. Questa è la realtà dei fatti, contrastante, in via assoluta, con le intenzioni di quell'individuo lassù, pronto a licenziare 35 operai. In tutto ciò non posso che vedere un proposito di vendetta, una smania di rivincita nei confronti di quegli operai che, nel loro pieno diritto, hanno aderito allo sciopero. Non sono mancate a Lasa neppure le minacce, da parte del titolare, all'indirizzo dei rappresentanti ASGB, minacce che suonano così: « Quelli che hanno aderito allo sciopero se ne accorgeranno! » Ed è anche passato ai fatti il signore, trattenendo, ovviamente soltanto ai lavoratori iscritti al Sindacato Autonomo Sudtirolese, 240 lire a testa sulla busta paga, a risarcimento dei vetri che sarebbero stati infranti durante lo sciopero.

Signore e Signori! Credo che nell'interesse di una vera giustizia sociale sia proprio tempo di fare tabula rosa. È giunto il momento di mettere un punto fermo a questa sorda lotta fra i sindacati. E tempo inoltre, di non permettere più ad un sindacato di arrogarsi il diritto di monopolio di voler da solo rappresentare gli interessi delle maestranze, non permetterlo, ripeto, qualora sia possibile dimostrare che esso sindacato anziché giovare, ha nuociuto agli interessi stessi. Stando a questo sindacato, i salari arretrati non sarebbero ancora oggi stati pagati. Mi auguro che si trovi la via ed il mezzo — e questo è preciso compito della Regione — per convocare i sindacati e veder di trovare una giusta linea di condotta. Alcuni di essi non mancano di buona volontà, mentre altri invece, che ne sono privi, credono di poter detenere il monopolio della rappresentanza sindacale per i prossimi dieci anni, come se lo avessero affittato. Ed infine rivolgo ai sindacati ancora soltanto un appello: Signori rispettatevi a vicenda! Collaborate poiché qui non ne va del prestigio di uno o dell'altro sindacato, ma dell'interesse e dell'esistenza dei lavoratori di Lasa. Sono questi gli scopi da difendere e da anteporre alle mire sindacali ed al prestigio.)

PRESIDENTE: La parola al cons. Gouthier.

GOUTHIER (P.C.I.): Il collega Posch ha fatto una lunga e dettagliata cronistoria delle ultime vicende della Lasa-Marmi e io non intendo ripetere cose che sono state riferite in modo esatto. La mia interpellanza, come quella del collega Posch, si riferisce ad un periodo passato e per molti versi superato; non si può dire però in alcun modo che sia superata la gravità della situazione in questa azienda, che oggi si propone di licenziare 35 dipendenti. Il

problema travagliatissimo di questa azienda rimane, e penso che sia giunta l'ora, da parte della Regione e in particolare da parte dell'assessore, di dire finalmente una parola chiara, dal punto di vista e della politica economica e anche della politica generale. Io ho personalmente partecipato a una grande, imponente riunione di lavoratori e delle loro famiglie a Lasa. E nel corso di questa riunione, che ho visto uniti nella lotta e nella solidarietà reciproca, lavoratori di lingua italiana, di lingua tedesca e loro famiglie, sono emerse cose davvero strabilianti, signor assessore. Lasciamo da parte le questioni economiche e la situazione economico-finanziaria di questa azienda, che è gravata di debiti cospicui: si parla di 99-100 milioni nei confronti solo dell'Istituto nazionale della previdenza sociale, e non possiamo renderci ben conto come mai questo Istituto, così sollecito nel perseguire piccoli artigiani o piccole imprese per debiti di poche migliaia o decine di migliaia di lire, si trovi così passivo e così benevolmente acquescente nei confronti di questa azienda. È evidente l'anomalia del comportamento di questo istituto. Poi sono venute fuori delle circostanze sul modo di condurre l'azienda, che è risultato molto poco ortodosso, ma sul quale non mi voglio intrattenere, perché non è questa la questione che in particolare mi sta a cuore. A me sta a cuore qui soprattutto, questo: che il modo di conduzione dell'azienda, condotto in termini personalistici, in termini molte volte bizzarramente personalistici, non torni a danno dei dipendenti. E, ripeto, il fatto che più mi ha colpito, da un punto di vista non tanto politico, quanto da un punto di vista umano, è quello del comportamento del titolare dell'azienda verso i suoi dipendenti, non solo, ma verso i familiari, verso le mogli dei dipendenti. Nei giorni duri di lotta, nei giorni in cui questi lavoratori da settimane, da mesi non percepivano stipendio, si sono avuti casi incresciosi di trattamento umano. A lavoratori, a famiglie, a donne, mogli di dipendenti, di operai di lingua tedesca, è stato riservato, ripeto, un trattamento molte volte insultante; è stato rinfacciato l'appartenenza a un certo gruppo linguistico, quasi che questo fatto possa costituire un marchio. Mi sembra che sia evidente che sia ovvio, che i lavoratori, così come gli imprenditori, appartenenti all'uno o all'altro gruppo etnico, debbano godere di tutti i diritti e godano di pari dignità. Donne che andavano a chiedere acconti, aiuti, sono state mandate via con frasi insultanti. E i fatti, che sono stati riferiti con precisione di termini, nella assemblea dei lavoratori, e che sono stati ribaditi più e più volte dagli stessi lavoratori, dai membri delle loro famiglie, senza nessuna contraddizione da parte di alcuno, mi sembra che possano essere creduti, e io li riferisco come tali, fintantoché non viene una smentita in proposito. Ed è per questo, signor assessore, che nella situazione della Lasa-Marmi e nella situazione del paese di Lasa, che vive, si può dire, in gran parte, di questa azienda, questa vita stentata, difficile, che colpisce così duramente gli interessi dei lavoratori, si riflette sul piano economico e sociale, per gli arretrati che non vengono pagati e così via, e sul piano politico generale. Poiché è evidente che un imprenditore, che non solo non paga, ma un imprenditore che addebita a lavoratori, per il fatto di essere appartenenti a un certo gruppo linguistico, un torto, è evidente che mette in moto una spirale di rincrescimento, di odio, perché è evidente che un lavoratore di lingua tedesca non può essere offeso soltanto per questo fatto: di essere di lingua tedesca. Egli è un lavoratore come un altro. Ed è qui che io, signor assessore, colgo un ulteriore elemento di gravità, di pericolosità, perché noi tutti sappiamo come la si-

tuazione in Alto Adige sia tesa ancora fra i gruppi etnici, come si debbano respingere e combattere questi tentativi di esasperare la tensione fra i gruppi etnici, anche in zone, in settori limitati, e come la lotta ideologica, la lotta politica vada condotta sui binari che le sono propri, senza scendere a metodi o a strumenti del tutto intollerabili e del tutto inammissibili.

Ora, signor assessore, l'idea che io mi sono fatto di questa situazione, è un'idea assai brutta. Questo imprenditore, questo titolare di azienda, mi sembra che non sia in grado di far fronte con fermezza, con la dovuta capacità tecnica, alle esigenze, né che abbia quella capacità di contatto umano coi sui dipendenti, che garantiscano quanto meno un minimo di spirito di rispetto reciproco, anche sul piano umano. E questa situazione, evidentemente, è grave; questi preannunciati licenziamenti, che hanno un sapore di rappresaglia, possono far esasperare ancora di più la situazione, ripeto, da un punto di vista economico e da un punto di vista politico generale, perché si verifica la spaccatura fra il datore di lavoro di lingua italiana e la gran parte dei lavoratori che sono di lingua tedesca. Io vorrei invitare il signor assessore a meditare su questo dato, per così dire extra economico, che è grave, forse ancora più grave del dato economico in sè e per sè considerato. Io penso che la Regione, l'assessore in particolare, possa e debba intervenire, sia per far valere il rispetto degli impegni assunti dal Sonzogno nei confronti della Regione stessa, al momento della corresponsione di quei non trascurabili benefici che egli ha ottenuto, sia quanto meno per imporre un clima generale di rapporti, che sia in armonia con le più elementari norme di correttezza personale e di rispetto reciproco. È questo che io soprattutto chiedo, ed esigo anzi dal signor assessore. E sottolineo questo fatto: che la soluzione di questo problema non credo possa venire ormai dalla buona volontà, soltanto, del datore di lavoro.

Se non c'è una vigilanza costante e continua dei lavoratori, che devono e dovranno essere uniti, tutti quanti, nella lotta, nella difesa dei loro interessi, la vita dell'azienda è destinata a ritorcersi a loro danno, è destinata a colpire i loro interessi. Ma se tutti quanti, assessorato, lavoratori, sono uniti per vedere una via, uno sbocco positivo, ma con serietà e con realtà d'intenti, al di là di piccoli sotterfugi o di manovre, probabilmente gli interessi dei lavoratori potranno essere tutelati; altrimenti la situazione può ritornare a un punto davvero incandescente e davvero pericoloso.

PRESIDENTE: La parola all'assessore Albertini.

ALBERTINI (assessore industria e trasporti - D.C.): È stato riportato qui nuovamente il problema della azienda Lasa-Marmi, con le interrogazioni dei cons. Posch e Gouthier. L'interrogazione ha chiesto alcune risposte, alle quali darò senz'altro evasione successivamente. Innanzitutto sono stati esposti diligentemente tutti i precedenti della questione, che ha portato alla situazione di grave contrasto fra lavoratori e datore di lavoro e fra gli stessi rappresentanti dei lavoratori. Non solo abbiamo contrasto molto grave fra datore di lavoro e lavoratori ma abbiamo anche una diversa valutazione fra di loro, dei sindacati che rappresentano i lavoratori, il che, evidentemente, ha complicato. Anche questo elemento ha posto ulteriori complicazioni alla vicenda. Io non desidero fare apprezzamenti o valutazioni circa la azione di questo o di quell'altro sindacato; o delle accuse che si sono rivolte reciprocamente. Certo sarebbe stato meglio, senz'altro, se la

azione fosse stata concertata dai sindacati insieme. Non posso neppure far valutazioni se è stata l'azione sindacale quella che ha risolto momentaneamente il problema. Queste sono valutazioni o opinioni che possono essere diverse; alcuni dicono di no, alcuni dicono di sì.

Io vorrei riprendere nella risposta un altro concetto: quello che spetta di fare a noi, alle autorità regionali e al Consiglio regionale, di fronte a questa soluzione, avendo presente alcune premesse, perché è giusto partecipare o avere opinioni, fare apprezzamenti od altro, ma bisogna vedere quale può essere la soluzione. Io ebbi a dire, in occasione di un disegno di legge, che in Regione abbiamo alcuni casi, alcune situazioni aziendali, che non possono essere risolte con i mezzi ordinari o con le nostre disposizioni di legge; dico di quelle che abbiamo fatto noi. Perché noi abbiamo fatto agevolazioni creditizie per i nuovi insediamenti, per gli sviluppi, ecc., andiamo sempre per il credito, attraverso il credito. E ebbi a dire anche che occorre, in certe situazioni, uno strumento diverso, e cioè quando la situazione industriale, la situazione imprenditoriale dell'azienda è tale per cui le banche non possono ammannire il credito vuoi per difficoltà della situazione, vuoi per esaurimento delle garanzie, vuoi per valutazione negativa dell'impresa o per fatti soggettivi di valutazione. Pertanto o si lascia l'azienda all'esaurimento e quindi arrivare alla soluzione fallimentare, o si trova un imprenditore che sostituisca con nuovi piani ed entri nella vecchia situazione e la rifaccia a nuovo, oppure, qualora questi due presupposti non ci sono, cioè che l'iniziativa privata subentri lei all'imprenditore o con partecipazioni o con nuovi capitali od altro, che cosa può fare l'ente pubblico. Oggi noi non abbiamo questo strumento, — lo ha per esempio la Sicilia, lo ha lo Stato, — cioè la partecipazione pubblica o altre iniziative finanziarie che prendono una partecipazione di maggioranza o di minoranza e che, comunque, intervengono in queste situazioni di difficoltà nelle quali il privato non riesce, per varie ragioni che è inutile qui . . . Io dico: noi non abbiamo questo strumento. La finanziaria era stata studiata, era stata anche proposta, ma è evidente che vi sono difficoltà di natura politica per dar vita a una finanziaria. Poi c'è il problema se questa finanziaria sarebbe intervenuta, ma, evidentemente, il problema se la finanziaria sarebbe intervenuta o meno è inutile porselo, in quanto la finanziaria non c'è. Avevamo pensato alla creazione di un fondo speciale da ammannire alle aziende, al di fuori delle garanzie normali, in certi particolari momenti dell'azienda, dove la situazione patrimoniale è buona, ma la situazione aziendale economica è pesante per carenza di credito d'esercizio, per modificazioni nel settore del mercato od altro. Esporre il capitale pubblico momentaneamente, però senza una garanzia, senza le cosiddette garanzie ipotecarie, fidejussorie, personali, attraverso il controllo diretto o altri istituti. Voi sapete che per alcune situazioni era stato prospettato, — io penso che la Lasa-Marmi sia una di queste situazioni, — perché difficile trovare una sostituzione all'impresa, nel settore privatistico. Certamente è stato difficile per l'Ente delle Tre Venezie trovare un imprenditore che sia subentrato a quel costo, a quella valutazione; io so la valutazione della cessione della gestione e del patrimonio. Certamente altre aziende private non avevano offerto la somma che è stata offerta dall'Ente delle Tre Venezie da parte della ditta Sonzogno per la dislocazione, per le difficoltà della coltivazione della cava più alta e per altri fattori. Comunque, adesso, ci troviamo di fronte alla situazione, alla quale è stato posto rimedio, momentaneamente — dico momentaneamente,

provvisoriamente — con l'iniziativa nostra di 50 milioni — di cui risponderò come sono stati erogati, ecc. — e attraverso l'interessamento del Vicecommissario del Governo, il quale ha fatto intervenire le autorità statali per l'apertura di un conto corrente bancario a favore della ditta Sonzogno per sconto di tratte di lavoro, perché la ditta Sonzogno non aveva, non trovava da collocare il suo portafoglio. Sono stati 25 milioni utilizzati dalla ditta Sonzogno per il pagamento degli arretrati degli operai. Ma è certo che la situazione non è rimediata con queste due iniziative; rimane ancora difficile, non tanto la situazione patrimoniale, direi, quanto la situazione della gestione, per alcune carenze che sono imputabili all'imprenditore, qual è l'eccessivo accentramento dell'impresa, la mancata articolazione interna dell'impresa fra settore di produzione e settore commerciale, ecc. e soprattutto la carenza di liquidità, la carenza di liquido, di credito di esercizio dell'impresa stessa. Per risolvere quindi la situazione della Lasa-Marmi occorre che noi provvediamo con l'istituzione di una finanziaria, oppure di un fondo speciale presso il Mediocredito, sotto il controllo delle autorità per gli interventi di natura straordinaria, per prestiti di natura straordinaria, che sono al di fuori delle normali garanzie, assoggettati a certi controlli che saranno da discutersi. Al di fuori di questa situazione sarà difficile che noi provvediamo al ripristino, all'assetto dell'azienda, salvo che il mercato non riprenda molto intensamente nel settore edilizio e non vi sia evidentemente una collocazione del prodotto e una richiesta del prodotto molto più accentuata. Ci sono sintomi di ripresa, evidentemente, ma non sono tali da poter mettere in sesto l'azienda stessa. Quindi dobbiamo riconoscere — e questo lo dissi sempre a quelli che sono venuti e alle autorità, ecc. — che non possiamo lamentarci di certi aspetti personali, evidentemente censurabili, ma di fronte alla situazione, — della quale parlo come Regione, — di fronte alla situazione, ai rapporti che sono di natura privata, per esempio i rapporti fra la Sonzogno e l'Ente delle Tre Venezie, la Regione non ha nessun titolo di intervenire; voi sapete, noi siamo andati alle Tre Venezie, a Venezia ho parlato col Presidente e col direttore generale delle Tre Venezie per vedere se poteva aumentare la fidejussione per il mutuo presso il Mediocredito; l'Ente delle Tre Venezie disse: noi operazioni non ne facciamo più, noi siamo in liquidazione. È la richiesta ufficiale della liquidazione dell'Ente Tre Venezie. Come potete pretendere, dice l'Ente, che noi facciamo interventi o aumenti di fidejussioni o addirittura andiamo a revocare un contratto di cessione della azienda, a rimetterci cioè, in attività, nel territorio della Regione Trentino-Alto Adige. Noi nel territorio della regione Trentino-Alto Adige siamo in liquidazione e consegneremo il patrimonio, evidentemente, al Ministero del Tesoro, al Governo, perché lo destini secondo gli orientamenti politici che sono oggi presenti e che tutti conoscono. Quindi l'Ente Tre Venezie è un istituto al quale non possiamo chiedere nulla, perché è una richiesta contraddittoria ad altre richieste, che sono di altro genere. L'Ente Tre Venezie effettivamente sarebbe stato un istituto, un ente, che poteva intervenire, dato una legge particolare fatta allora, per la quale può comperare, vendere, partecipare, fare ogni attività nel territorio, ma, d'altro canto, uno strumento superato per aspetti di altro genere, di natura politica. Noi non l'abbiamo sostituito, non l'ha sostituito evidentemente la Provincia, nè la Regione, quindi siamo un po' carenti. Quindi l'Ente delle Tre Venezie ha risposto di no; d'altro canto gli istituti interpellati, il Mediocredito e anche

le altre banche, hanno detto: noi non possiamo intervenire in questa situazione, per cui la risposta è stata negativa. Siamo riusciti a fare quell'intervento di 50 milioni, con i quali sono stati pagati gli arretrati agli operai, poi l'intervento del Commissario del Governo, veramente straordinario, eccezionale, al di là sicuramente delle leggi bancarie e delle garanzie od altro, proprio per una pressione di natura politica, anche se effettivamente il Sonzogno aveva portafoglio valido da offrire. Perché con tutte le discussioni che sono sorte, con tutte le difficoltà che sono sorte, tutti si aspettano, tutti pensano che la ditta, un giorno o l'altro, debba fallire e quindi i loro crediti siano poco coperti e poco garantiti. Quindi io devo prendere atto che, esistendo un rapporto di natura privatistica fra Sonzogno e l'Ente delle Tre Venezie, esistendo la situazione di una mancanza di alternativa da parte dell'impresa privata, o aiutiamo l'attuale impresa o non c'è soluzione di altro genere. Nessuno è capace di indicare una soluzione d'altro genere. C'è l'azione di portare l'impresa al fallimento; ho sentito che c'è stata questa azione; d'altro canto se si vuol portare l'azienda al fallimento certamente non sarò io quel tale che provoca, nè avrei titolo di provocarlo; ci penseranno i creditori. Gli operai se sono in credito, gli altri creditori. Finora azioni di questo genere non sono state intraprese. Io ebbi ad esprimere agli operai la mia preoccupazione per una azione di questo genere, perché dico, guardate che se andiamo in fallimento, prima di due anni è difficile che si riprenda la situazione. Noi abbiam visto che quando le aziende vanno in fallimento, fra tutta la procedura, ecc., vanno via anni. Poi bisogna vedere chi la riprende in mano questa azienda, e quelle popolazioni, in fondo in fondo, non hanno molte alternative di natura industriale. Quali altre aziende possiamo portare lì in sostituzione di questa? Nelle valli evidentemente l'unica industrializzazione, la più valida, è quella dello sfruttamento del sottosuolo e del soprassuolo, della materia prima esistente. Quindi questa è, tipicamente, un'industria che può essere decentrata, in quanto è decentrata la materia prima. L'industria mineraria, l'industria di lavorazione dei prodotti, ecc. l'industria dei marmi, le cave, queste sono le aziende che possono vivere in termini concorrenziali anche alla periferia. Non certo le aziende che devono trasferire la materia prima e lavorarla; come fanno ad essere competitive dati i costi dei trasporti, ecc.? Questo è l'atteggiamento nostro, il quale supera, evidentemente, apprezzamenti e valutazioni personali o constatazioni negative, perché dopo averle constatate non pongono rimedio alla situazione, in maniera assoluta. Quindi l'intervento, il suggerimento, l'aiuto all'azienda, non va tanto per simpatia o antipatia alla persona che la conduce, è perché non c'è altra soluzione che aiutare l'azienda. Aiutando l'azienda, evidentemente, e vincolandola a mantenere gli impegni verso gli operai, quindi è logico. Sarebbe illogico andare solo a fare interessamenti per la situazione dell'azienda, unicamente nell'interesse dell'imprenditore, dimenticandosi degli interessi degli operai, che, evidentemente, sono da mettersi alla pari per lo meno degli interessi del capitale. Quindi, si fa questo, proprio nell'intesa di porre le condizioni aziendali, in maniera solida, in maniera da garantire il lavoro e di garantire le retribuzioni al lavoratore che presta la sua opera, il che, finora, non è avvenuto, il che, finora, ha presentato lacune, difficoltà, difficoltà che si possono ripresentare. Per quanto riguarda il contratto stipulato in data 14 del 7, con concessione di un mutuo di 200 milioni al tasso del 5%, questo mutuo è stato accordato sulla legge 623 e non è stato assistito da

aiuti regionali. All'epoca della concessione ed erogazione del mutuo stesso, il pacchetto azionario della Lasa-Marmi era nelle mani dell'Ente Tre Venezie, e servì per l'apertura di strade di accesso, case operai della nuova cava di Covelano, nonché per l'acquisto di macchinari, attrezzature per lo Stabilimento di Lasa. Quindi il primo mutuo, è stato concesso sulla legge statale all'Ente delle Tre Venezie che gestiva e che aveva allora la maggioranza del pacchetto azionario. Nel '66 il Mediocredito ha concesso un altro mutuo di 50 milioni, su interessamento della Regione, al tasso del 5%, necessario al pagamento delle competenze dovute ai propri dipendenti, a tutto il 31.12.1965. Il Mediocredito si era impegnato di erogarlo, e così fece, mediante la Cassa rurale di Lasa, e gli atti di ricevuta furono quietanziati dal signor Giuseppe Morelli, segretario della commissione interna dell'azienda. Questo è avvenuto; i sindacati erano tutti d'accordo che venisse fatto così, e così infatti avvenne. In tale occasione il titolare della società rilasciò anche un impegno, in data 8 aprile 1966, col quale accettava le condizioni di mantenere, fino a tutto il 1967, l'occupazione degli operai che risultavano dipendenti dell'azienda, al momento dell'erogazione del mutuo. Quindi il mutuo fu erogato unicamente per gli arretrati della mercede degli operai. L'ha mantenuto — ecco questo è l'unico aspetto — questo impegno, la Lasa-Marmi? Ha mantenuto l'occupazione del numero delle maestranze, senza procedere a licenziamenti o diminuzioni della manodopera? È stato accennato adesso che c'è una procedura di licenziamento, non sapevo, quindi adesso bisogna vedere effettivamente se c'è una lesione di questo impegno o meno. Ora per la concessione del mutuo il Mediocredito ha iscritto una ipoteca di secondo grado sui fabbricati di proprietà, il privilegio sugli impianti esistenti, e firma cambiaria. Noi non abbiamo da difendere, in caso di istanze di fallimenti, i suoi interessi, perché il mutuo è stato erogato dal Mediocredito, non da noi, ed è garantito da ipoteca di secondo grado, da privilegio, ecc. ecc. Eventualmente in caso di fallimento, se il Mediocredito non ricupera i suoi fondi sarà una perdita per il Mediocredito; direttamente quindi, in base alla nostra partecipazione del capitale sociale del Mediocredito, vi può essere una perdita, ma noi non possiamo garantirci, noi abbiamo solo agevolato il mutuo, cioè noi abbiamo fatto un concorso di interessi di intesa con la Provincia. Al punto 4): « in qual modo l'amministrazione regionale intende difendere in caso di istanza di fallimento i suoi interessi per quanto riguarda il mutuo concesso », questo mi pare che non è pertinente a noi, perché noi non abbiamo concesso il mutuo. Caso mai potremmo revocare le provvidenze disposte da noi nel concorso degli interessi, però non in caso di fallimento. A prescindere che il concorso di interessi, caso mai, può essere un istituto da revocarsi, qualora manchino le condizioni delle obbligazioni assunte verso di noi dalla Sonzogno per il mantenimento della manodopera, però non in caso di fallimento. Ci sono stati casi, per esempio di ditte, che sono fallite, ecc. Noi non abbiamo potuto revocare la concessione del contributo, perché quella già per contratto e per legge disposta dal Consiglio regionale, è ceduta all'istituto mutuante; è detto nella legge. Io pregherei i consiglieri di rivedere la legge. La legge dice che la concessione del contributo è ceduta nell'atto di contratto — questo lo dice la legge — all'istituto mutuante. Quindi domani in caso di fallimento, evidentemente questo bene non è del titolare, ma è del Mediocredito, quindi la nostra revoca sembra una revoca da farsi verso il Mediocredito. Non so se mi sono

spiegato. Insomma noi non possiamo revocarlo, mentre si potrebbe vedere il presupposto della revoca, eventualmente per inadempienza di una obbligazione sottoscritta dalla Sonzogno per il mantenimento dell'occupazione. Per quanto riguarda il « colloquio con il portavoce non autorizzato dei lavoratori in cui avrei dichiarato di volermi adoperare a favore degli interessi degli operai soltanto . . . », non corrisponde a verità. Io ho fatto una sola osservazione, mi ricordo, è passato parecchio tempo, ma, che dovevo essere, caso mai interessato da loro, se volevano che io intervenissi o che i sindacati chiedessero l'intervento mio come han chiesto quello del vice commissario del Governo. Sarei stato più contento che venisse l'interessamento loro. E poi ebbi a fare una valutazione, un apprezzamento. Direi: guardate, quando si va verso uno sciopero ad oltranza, evidentemente è l'estrema risorsa che rimane all'operaio, bisogna ponderarlo molto, perché ci si può trovare in un vicolo chiuso. Per esperienze precedenti, ho visto anche i sindacati trovarsi a malpartito o comunque in serie difficoltà su uno sciopero ad oltranza, perché non c'era una via d'uscita. Ma questo può non riferirsi al caso. Comunque è un apprezzamento che vale quello che vale in questa sede, perché una valutazione che deve farla il sindacato, non la possiamo fare noi. Ora per quanto riguarda queste richieste, mi pare di aver risposto all'uno e all'altro. Quindi cosa proponiamo, data la situazione: adesso vediamo come stanno le cose per quanto riguarda la procedura del licenziamento. Secondo, vediamo se è vero questo desiderio di licenziare, con le assunzioni di altro personale, che sarebbero contraddittorie, d'altro canto sono da farsi presenti alla commissione, in base al contratto collettivo di lavoro, alla commissione istituita per l'esame di queste pratiche. Noi possiamo svolgere solo un interessamento, perché, mi pare, in base al contratto collettivo di lavoro, l'esame, l'assenso al licenziamento o meno sono deferiti a un rapporto fra sindacati e datori di lavoro. Per quanto riguarda la parte di fondo, secondo me, la soluzione di questa situazione è auspicabile che venga risolta; auspicabile l'accordo fra i sindacati, auspicabile un maggior contegno più sereno, responsabile da parte dei datori di lavoro verso i lavoratori, auspicabile anche l'eliminazione di licenziamenti, di rapporti così tesi nella situazione dell'azienda, la strada, secondo me, che dobbiamo studiare — ne parlerò anche in Giunta — è di rivedere un istituto, una finanziaria, la quale possa intervenire al di fuori delle forme di garanzia od altro, in questi casi veramente di grande difficoltà, attraverso partecipazioni azionarie, che condizionino la stessa impresa e pongano una conduzione maggiormente incisiva per la prestazione, e per la partecipazione azionaria dell'ente pubblico, al di fuori di altre cose, o altri istituti collaterali. Finanziaria. Qui verrà fuori la discussione, se ne facciamo una, se ne facciamo due, perché voi capite bene che, nel clima attuale, venire qui a proporre una finanziaria regionale, quando stanno per trasferire tutte le competenze della Regione alle due Province — almeno così si dice, si legge sui giornali — e fare una finanziaria . . .

(INTERRUZIONI)

ALBERTINI (assessore industria e trasporti - D.C.): No si dice . . . Ecco, forse la proposta che è venuta . . . No, no, è stata fatta però una proposta, noi abbiamo fatto una proposta, se non erro. . .

(INTERRUZIONE)

ALBERTINI (assessore industria e trasporti - D.C.): Anche la Provincia di Trento e la Provincia di Bolzano... Eventualmente noi faremo una partecipazione, proporremo una partecipazione regionale a due finanziarie da costituirsi in sede provinciale.

Questa mi pare la strada migliore. Formalmente, se non è stata fatta, il sottoscritto proporrà alla Giunta perché venga fatta, in maniera che sia tolta ogni responsabilità, anche da parte nostra, nell'eventuale soluzione di situazioni di difficoltà che adesso sono presenti in provincia di Bolzano, ma che sono presenti anche in provincia di Trento e per le quali non c'è altro rimedio che questa forma.

PRESIDENTE: Vuole replicare il cons. Posch? Ha la parola.

POSCH (S.V.P): Meine Damen und Herren! Ich danke dem Herrn Assessor für seine Darlegungen und zwar zunächst für jene, die die Antworten auf die fünf Fragepunkte darstellen. Ich habe also zur Kenntnis genommen, daß für die 200 Millionen Lire Kredit, die gewährt worden sind, nicht die Region, sondern der Mediocredito zuständig ist. Daß — Punkt zwei — die 50 Millionen Lire an die Bedingung geknüpft waren, daß der Arbeiterstand gehalten werden muß, haben Sie ebenfalls zugegeben; nun möchte ich die Region in diesem Zusammenhang bitten, sich so schnell als möglich zu interessieren, wie es nun mit der Absicht der Entlassungen aussieht. Sie ist tatsächlich nicht nur ein Gerücht, sondern wie ich schon mit Protokolnummer angedeutet habe, in einem ganz präzisen Brief an den Industriellenverband ausgedrückt worden und da der Betrieb Lasa Marmo damit die ihm gestellte Bedingung nicht mehr einhalten würde, müßte sich der Regionalausschuß eben gerade auch in dieser Sache interessieren. Sonzogno würde durch diese Entlassung die Bedingung, unter der er diese 50 Millionen Lire bekommen hat, praktisch brechen.

Was den Punkt 5) anbelangt, sagte der Herr Assessor, Würde derselbe nicht der Wahrheit entsprechen. Ich kann diesbezüglich nur noch einmal aus dem italienischen Teil des « Alto Adige » den folgenden Satz vorlesen: ... « colloquio con l'Assessore regionale all'industria, Albertini, il quale ha assicurato il suo intervento per cercare di risolvere alla radice i problemi dei lavoratori della Lasa Marmo, certamente dopo che lo sciopero sarà terminato e comunque entro un ragionevole termine di tempo come richiede il caso assai complesso». Das nur nebenbei.

Zu den übrigen Bemerkungen und Ausführungen des Herrn Assessors Albertini kann ich nur sagen — und er hat es selbst gesagt —, daß dieser ganze Betrieb in Laas anscheinend seit Jahren künstlich durch entsprechende politische Maßnahmen hochgehalten wird. Sie sagten selbst: « Per le pressioni politiche è stato possibile avere questo credito » usw. Dazu muß ich schon sagen: Wenn ein Betrieb, der nun einmal wirtschaftlich nicht mehr weiterarbeiten kann und an dessen Spitze ein Mann steht, der es eben nicht versteht, aus dem Betrieb das zu machen, was er aus ihm herausholen müßte, und wenn dieser Betrieb nur politisch weitergehalten wird, dann fallen wir, die wir irgendwie eine Mitverantwortung dafür haben, in den gleichen Fehler wie seinerzeit der Faschismus, der aus politischen Gründen in Bozen damals eine Industriezone aufgebaut hat, die dann zu einem großen Teil wieder eingehen mußte. Ich weiß nur, daß der jetzige Inhaber große Unterstützung von höchster Stelle in Rom, wo im Vorzimmer einer bedeutenden po-

litischen Persönlichkeit ein Freund dieses Herrn sitzen soll, findet. Die Banken, wie ich weiß, hatten sich geweigert den Kredit zu geben und nur auf Grund eines Druckes von allerhöchsten politischen Stellen aus Rom und aus Mailand mußten die Banken diese Diskontierung vornehmen. Also da muß ich schon sagen, spielt wirklich die Politik so stark hinein, daß man hier als normal denkender Mensch nicht mehr mitkommt. Und wenn Sie, Herr Assessor, sagen, es gibt keine Alternative, als die: diesem Betrieb weiterzufinanzieren und ihm weiterzuhelfen, dann muß ich sagen, es gibt wohl eine, denn es gibt Interessenten. Aber wenn der Herr Sonzogno glaubt, daß er für diesen Betrieb im Verkaufsfalle mehr erzielen kann als er überhaupt je gezahlt hat oder je geträumt hat zu zahlen, dann natürlich wird es diesen Mann nie geben. Deswegen würde ich bitten, daß man sich wirklich umschaut, ob Interessenten da sind; daß man sich auch mit den zuständigen Herren unseres Landesausschusses in Verbindung setzt, um zu prüfen, auf welche Art und Weise hier ein anderer Mann, der die Kapitalien auch zur Verfügung hätte, in diesen Betrieb eintreten könnte, um mit dieser ganzen Situation endlich einmal Schluß zu machen.

(Signore e Signori! Ringrazio il Signor Assessore per le sue argomentazioni ed in primo luogo per la sua risposta ai cinque punti della mozione. Ho preso dunque atto: sul punto 1), che i duecento milioni del mutuo concesso non sono di pertinenza della Regione bensì del Medio Credito. Per il punto 2): che i 50 milioni, come da lei parimenti ammesso, sono stati concessi a condizione che l'effettivo delle maestranze resti invariato; e proprio a tal proposito desidero pregare la Regione che si interessi quanto prima per appurare che cosa bolla in pentola in merito a quei ventilati licenziamenti. Non si tratta, in effetti, soltanto di voci bensì, come ho già accennato con numero di protocollo, di intendimenti espressi con un esplicito scritto all'Associazione Industriali, per cui venendo la Società Lasa Marmo meno in tal modo alle condizioni postele, si rende appunto necessario anche un interessamento della Giunta in merito. Sonzogno, qualora ponesse in atto tali licenziamenti, non ottempererebbe alle condizioni in base alle quali ha ottenuto i 50 milioni.

Per quanto concerne il punto 5) il Signor Assessore non lo ritiene conforme al vero. In merito non posso che rileggervi una frase riportata in un articolo nelle pagine in lingua italiana del quotidiano « Alto Adige »: . . . « colloquio con l'Assessore regionale all'industria, Albertini, il quale ha assicurato il suo intervento per cercare di risolvere alla radice i problemi dei lavoratori della Lasa Marmo, certamente dopo che lo sciopero sarà terminato comunque entro un ragionevole termine di tempo come richiede il caso assai complesso ». Questo en-passant.

Sulle restanti osservazioni ed argomentazioni del Signor Assessore Albertini, posso — rifacendomi alle sue parole — dire soltanto che l'intero complesso aziendale di Lasa, a quanto pare si regge da anni artificiosamente mediante provvedimenti di natura politica. Gli stessi interessati hanno detto: « Per le pressioni politiche è stato possibile avere questo credito » etc. Ed io soggiungo in merito: Quando un'impresa non riesce più a reggersi finanziariamente e le sue redini fanno capo ad un uomo incapace di trarre dall'esercizio di tale impresa quanto la stessa potrebbe rendere, e qualora tale attività è subordinata esclusivamente alla politica — si finisce con l'incorrere anche noi, che in qualche modo ne siamo cor-

responsabili, negli stessi errori commessi a suo tempo dal fascismo che nel corso del suo ventennio diede vita in Bolzano, a scopo politico, alla zona industriale la quale poi dovette per gran parte naufragare. Io so soltanto che l'attuale titolare è fortemente appoggiato presso le più alte sfere di Roma, dove nell'anticamera di una importante personalità politica siede un suo amico. Mi consta che le Banche gli avevano rifiutato il credito e che poi, pressate da elevate sfere di Roma e Milano, dovettero concederglielo. Dunque devo proprio arguire che la politica gioca un ruolo talmente complesso, che una persona normale non è neppure in grado di afferrare. E se lei Signor Assessore asserisce che non vi è altra alternativa all'infuori che di continuare a finanziare e sostenere questa impresa, io le rispondo che una ce n'é, in quanto vi sono persone interessate a rilevare l'azienda. Se però il Signor Sonzogno crede di poter, in caso di vendita, realizzare più di quanto abbia speso o più di quanto si sia sognato di spendere, è chiaro che un tale acquirente non si troverà mai. Pertanto pregherei che ci si adoperasse veramente nella ricerca di un eventuale compratore; inoltre che ci si mettesse in contatto con i competenti organi della nostra Giunta Provinciale, onde poter esaminare in qual modo una persona provvista del capitale necessario potesse subentrare nel complesso aziendale, mettendo finalmente un punto fermo a tutta questa situazione.)

PRESIDENTE: La parola al cons. Gouthier per la replica.

GOUTHIER (P.C.I.): Io ringrazio il signor assessore per la esposizione dettagliata che ha fatto. Però una cosa mi lascia sorpreso: d'essersi fatto prendere in contropiede, per così dire, con questa notizia dei nuovi licenziamenti, che è apparsa da diversi giorni sul giornale. E un'altra, per una confessione malcelata di impotenza di fronte al fatto. La prospettazione di una costituzione finanziaria in sè e per sè, idea che penso possa ritenersi esatta, è stata però direi quasi messa lì tanto per prospettar qualcosa, perché poi la marcia indietro che il signor assessore ha fatto, dicendo sì, però c'è la questione della Regione, delle Province, del pacchetto, della compartecipazione, mi sembra che questa idea in sé e per sé giusta, poi venga sostanzialmente svuotata.

Quindi io veramente vorrei credere alle parole dell'assessore, però è l'assessore stesso che ci dice come si continuerà ad andare avanti ancora con un tran-tran, con prestiti, con pezze più o meno tempestive, più o meno cospicue, ed è soltanto per questi motivi, per l'incapacità, l'impossibilità politica della Giunta di prospettare una soluzione a breve scadenza e realistica, che io mi dichiaro insoddisfatto.

PRESIDENTE: La seduta è tolta e riprende domani alle ore 10 a Bolzano.

(Ore 12.45).